

Günter Pollach

**REFLEXIONEN ÜBER  
DAS DENKEN VON  
ANTONIO GRAMSCI**

## A. Gramsci lesen! Aber: Wie? Warum?

Antonio Gramsci wurde am 22. Januar 1891 in Ales auf Sardinien geboren und starb am 27. April 1937 nach langer Gefängnishaft und Krankheit in einer Klinik in Rom.<sup>1</sup> Bei der Beschäftigung mit seinem Leben und Nachlass faszinieren bis heute vor allem zwei Momente: Zum einen war er ein vielseitig interessierter Mensch, der trotz der Kürze und Tragik seines Lebens über einen erstaunlich breiten geistig-kulturellen Horizont und Wirkungsbereich verfügte. Er war Journalist und Politiker vor allem Mitbegründer und zeitweiliger Führer der Kommunistischen Partei Italiens (KPI)<sup>2</sup>, Mitglied des EKKI<sup>3</sup>, beschäftigte sich intensiv mit Literatur- und Theaterkritik, vergleichender Sprachwissenschaft, Methoden der wissenschaftlichen Arbeit, der Geschichte Italiens (insbesondere des Risorgimento<sup>4</sup> und der Entwicklung der Intellektuellen des Landes), mit vielfältigen philosophischen Fragen, insbesondere mit der marxistischen „Philosophie der Praxis“. Zum anderen fasziniert, dass Gramsci, obgleich er zu seiner Zeit selbst in der italienischen Öffentlichkeit wenig bekannt war, ein geistiges Vermächtnis hinterließ, das weltweit immer wieder für Aufmerksamkeit sorgen sollte, zu Rezeptionen, Interpretationen und Reflexionen anregte. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verbreitete sich in mehreren Wellen innerhalb unterschiedlicher, politisch vor allem links orientierter Kreise so etwas wie ein „Gramsci-Geist“ als Geheimtipp, zuweilen allerdings auch als modischer Gramsci-Jargon.<sup>5</sup> Im Mittelpunkt standen dabei neben kulturpolitischen Aspekten vor allem die politisch-philosophischen Aspekte in Gramscis Denken. Auslöser der neuesten, sich seit den neunziger Jahren und wohl noch andauernden Welle der Beschäftigung mit Gramsci, waren zum einen die Implosion des „rea-

---

<sup>1</sup> Auf eine Darstellung des Lebens von Antonio Gramsci wird im Folgenden verzichtet. Es sei hier auf drei Quellen verwiesen: die ausführliche tabellarische Darstellung in der deutschsprachigen Gesamtausgabe der „Gefängnishefte“: Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Band 1, herausgegeben von Klaus Bochmann mit einem Vorwort von Wolfgang Fritz Haug, Argument, 1991, S. 47-65; Vorwort von Harald Neubert in: Antonio Gramsci – ein vergessener Humanist? Eine Anthologie. Dietz Verlag Berlin, 1991, S. 7-30; Christian Gaedt: Antonio Gramsci. Biografische Notizen. In: Andreas Merckens/Victor Rego Diaz (Hrsg.): Mit Gramsci arbeiten, Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, Argument Verlag 2007, S. 204-218.

<sup>2</sup> Nach der Auflösung der Kommunistischen Internationale nannte sie sich Italienische Kommunistische Partei (IKP).

<sup>3</sup> Abkürzung für: Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale. KI = Kommunistische Internationale.

<sup>4</sup> „Wiedererhebung“. Bestrebungen im 18. und 19. Jh. zur Herstellung der nationalen Unabhängigkeit und der politischen Einheit in Italien.

<sup>5</sup> Zu diesen Wellen bzw. Etappen der Gramsci-Rezeption und ihrer Motive siehe u. a.: Anette Emtmann: Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie. Die „samtene Revolution“ im Licht von Antonio Gramscis Kategorien der „società civile“, Argument-Verlag, Berlin/Hamburg 1998, S. 47-55; Petra Lange: Wege des Politischen. Die politische Philosophie Antonio Gramscis und Hannah Arendts. Dissertation, FU Berlin, Nov. 2001, S. 135ff.

len Sozialismus“ in Osteuropa sowie die neue, neoliberal geprägte Phase des Kapitalismus mit seinen gravierenden Krisenerscheinungen, allerdings kombiniert mit neuartigen Stabilisierungstendenzen innerhalb des modernen Kapitalismus. Linke Kräfte verschiedener Orientierung mussten nicht nur ihre Wunden angesichts vergangener Niederlagen verarbeiten, sondern müssen aus einer unübersehbaren Defensive heraus nach neuen Lösungsmodellen, Strategien und Programmen suchen, die die neuen Bedingungen in Rechnung stellen. Was liegt dabei näher, als sich in einer solchen Situation erneut mit den kritisch-konstruktiven und undogmatischen Ideen eines Antonio Gramsci zu beschäftigen, um vielleicht dort wenigstens Anregungen für ein Weiterdenken zu erhalten? So ist es nicht verwunderlich, dass der Ruf „Gramsci lesen!“<sup>6</sup> wieder lauter wird.

Gramscis Nachlass zu lesen ist zwar eine reizvolle, aber auch erheblich schwierige Aufgabe, da hierbei vielfältige Klippen lauern. Für den deutschen Leser, soweit er die Texte nicht in der Originalsprache lesen konnte, bestand lange das Handicap, dass ihm große Teile von Gramscis Werk direkt nicht zugänglich waren. Das betrifft sowohl Gramscis Wirken als Parteijournalist und Parteifunktionär vor seiner Verhaftung durch das faschistische Regime im Jahre 1926 als auch sein Hauptwerk, den „Gefängnisheften“, an denen er seit 1929 bis zu seiner schweren Erkrankung Mitte 1935 arbeitete. Über seine Arbeiten im ersten Zeitraum schrieb Gramsci am 7. November 1931 an Tatjana (Tanja) Schucht, die Schwester seiner Frau Julia, die sich während seiner Gefängnishaft rührend um ihn kümmerte und der es zu verdanken ist, dass seine „Gefängnishefte“ für die Nachwelt überhaupt erhalten blieben:

„In zehn Jahren des Journalismus habe ich so viele Zeilen geschrieben, dass man fünfzehn oder zwanzig Bände zu vierhundert Seiten daraus machen könnte, aber sie waren für den Tag geschrieben und mussten meiner Meinung nach mit dem Tage vergehen. Ich habe mich immer geweigert, auch nur beschränkte Auswahlbände zu machen.“<sup>7</sup>

Die später vor allem von Palmiro Togliatti, der IKP und anderen Herausgebern publizierte Artikel und „Gefängnisbriefe“ konnten hier bei weitem die Lücke

---

<sup>6</sup> So zum Beispiel in: Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte, herausgegeben von Florian Becker, Mario Candeias, Janek Niggemann und Anne Steckner, Argument, 2013.

<sup>7</sup> Antonio Gramsci – vergessener Humanist? Eine Anthologie. Dietz Verlag Berlin, 1991, S. 197.

nicht füllen, schon gar nicht in deutscher Übersetzung. Die „Gefängnishefte“ erschienen nach dem Weltkrieg zuerst in Italien, allerdings zuerst in thematisch zusammengefassten Teilstücken, was das Verständnis der Entstehung nicht gerade förderte. 1975 gab Valentino Gerratana dann eine chronologisch geordnete kritische Gesamtausgabe der Gefängnishefte heraus, mit der eine authentischere Präsentation nach der von Gramsci gewählten Form ermöglicht wurde. Erst die von Klaus Bochmann mit einem Vorwort von Wolfgang Fritz Haug im Zeitraum von 1991 bis 2002 herausgegebene Übersetzung der „Gefängnishefte“ ermöglichte es auch dem deutschen Leser, sich umfassender mit dem Denken von Antonio Gramsci zu befassen, um es in ausreichender Breite und Tiefe nachvollziehen und realistischer einschätzen zu können.

Diese Schwierigkeiten hinsichtlich des Zugangs zu den Originalquellen sind allerdings nicht die einzigen Klippen, die dem Leser von Gramscis Nachlass begegnen, wenn er bemüht ist, bei sich mit Gewinn ein Verständnis des Gelesenen aufzubauen. Deshalb seien im Folgenden noch einige weitere Klippen umrissen:

- Wer nur die „Gefängnishefte“ (flüchtig) liest, der kann leicht dem Irrtum verfallen, dass Gramsci nur als Theoretiker (Philosoph, Kenner der italienischen Geschichte, Literaturkenner und -kritiker etc.) von Interesse ist. Gramscis Überlegungen in den „Gefängnisheften“ sind aber nicht zu trennen von seinen Erfahrungen als Politiker innerhalb der sozialistischen und dann in der kommunistischen Partei sowie im EKKI. Ein isoliertes Lesen nur der „Gefängnishefte“ ohne Beschäftigung mit dem Lebens- und Erfahrungshintergrund des Autors sowie deren unzureichende Berücksichtigung kann zu Missverständnissen führen.
- Zu bedenken ist der Umstand, dass die Haftbedingungen in mehrfacher Hinsicht die Abfassung seiner Texte erschwerend beeinflusst haben. Zuerst hatte er ein striktes Schreibverbot, nach Bewilligung des Schreibens musste er auf die strenge Zensur Rücksicht nehmen. So konnte er vieles begrifflich nicht im Klartext (oder mit landläufigen marxistischen Begriffen) darlegen. Im Zusammenhang mit der scheinbar willkürlichen Aneinanderreihung von unterschiedlichsten Themen in den Notizen führte das sogar dazu, dass seine Notizen vom medizinischen Gutachter als pathologisches Dokument ein-

gestuft wurden<sup>8</sup> und wahrscheinlich nur deshalb der Vernichtung durch die faschistische Zensur entgingen. An viele notwendige Bücher für seine Arbeit konnte er dank der selbstlosen Hilfe seines Freundes Piero Sraffa, der mit seinem Vermögen dafür einstand, und seiner Schwägerin Tatjana Schucht herankommen, aber natürlich nur an solche Literatur, die der Gefängniszensur ungefährlich erschien. Zumindest war das eine Behinderung, die Gramsci oft nur durch seine gediegene Vorbildung und durch sein ausgezeichnetes Gedächtnis einigermaßen kompensieren konnte. Er war sich sehr bewusst, dass seine eigenen Texte gerade wegen seiner Begrenzungen in der Haft unvollkommen sein könnten und später korrigiert werden müssten. Dem besonders wichtigen Heft 11 schickte er direkt eine Warnung vorweg:

„Die in diesem Heft enthaltenen Notizen sind, wie in den anderen, mit fliegender Feder geschrieben, um eine rasche Gedächtnisstütze aufzuzeichnen. Sie sind alle genauestens durchzusehen und zu überprüfen, weil sie bestimmt Ungenauigkeiten, falsche Annäherungen, Anachronismen enthalten. Geschrieben, ohne die Bücher, auf die Bezug genommen wird, bei der Hand zu haben, ist es möglich, dass sie nach der Kontrolle radikal korrigiert werden müssen, weil sich gerade das Gegenteil des Geschriebenen als wahr herausstellen könnte.“<sup>9</sup>

- Einem heutigen Leser begegnen vielfältige Schwierigkeiten, die mit der (meist erzwungenen) Arbeitsweise Gramscis zu tun haben. Seine Notizen waren angesichts der Haftbedingungen, an die er sich nie richtig gewöhnen konnte und die ihn körperlich, geistig und moralisch zu zerrütten drohten, ein Mittel zum Überleben und damit wenig systematisch. Auch als er in Anlehnung an Goethe zur Ansicht gelangte, „dass man etwas *für ewig* tun müsste“<sup>10</sup> und sich bei ihm der Gedanke verfestigte, zu bestimmten Themen Werke zu schreiben, war er sich darüber im Klaren, dass er Endgültiges noch nicht schreiben könnte, weil ihm zu einer gründlichen wissenschaftlichen Arbeit einfach im Gefängnis nicht ausreichend exaktes Material zur Verfügung stand. So wurden seine Hefte eine relativ unsystematische Materialsammlung (Literaturanalysen, Anregungen, Einzelidee, Fakten, einige breitere thematische Darlegungen), auch wenn sich dabei Schwerpunkte abzeichneten, die er später in Studien bzw. Werken behandeln wollte (z.B. Untersu-

---

<sup>8</sup> Siehe: Wolfgang Fritz Haug: Philosophieren mit Brecht und Gramsci, Argument 2006, S. 7.

<sup>9</sup> Antonio Gramsci: Gefängnishefte (im Folgenden: Gef), Kritische Gesamtausgabe, Argument, 1991 -2002, Heft 11, S. 1367.

<sup>10</sup> Brief an Tatjana Schucht vom 19. März 1927. In: Antonio Gramsci – ein vergessener Humanist, a.a.O., S. 125.

chung zur geistigen Geschichte Italiens, vergleichende Sprachwissenschaft, Untersuchung der italienischen Intellektuellen, Einführung in die Philosophie der Praxis, Rolle des Staates) wozu er infolge seines frühen Todes nicht mehr kommen sollte. Die zeitliche Abfolge der Notizen gibt zwar einen hervorragenden Einblick in die Entwicklung seiner Ideen, erschwert aber andererseits, zu den einzelnen Themen einen systematischen Überblick zu erlangen.

- Durch die Gramsci-Diskussion geistert häufig der Begriff des „Steinbruchs“ als Kennzeichen für das Fragmentarische seiner Texte, was es erleichtert, dass jeder sich das herausuchen kann, was dem eigenen Denkschema entspricht und anderes, dem eigentlich widersprechend, einfach ignoriert. Dieses Schicksal teilt Gramsci übrigens mit anderen großen Denkern (auch mit Karl Marx), aber bei ihm fällt ein solches Vorgehen relativ leicht. So wird er nicht selten einseitig als Moralist, Humanist, idealistischer Kulturkritiker und so gut wie nicht als kommunistischer Funktionär und Marxist wahrgenommen; bei den einen ist er dogmatischer Marxist und Leninist, bei den anderen Anti-Marxist, Anti-Leninist und Antidogmatiker. Für unterschiedliche Interpretationen seiner Ideen finden sich natürlich Anknüpfungspunkte bei Gramsci selbst, vor allem in seinen „Gefängnisheften“. „Und das nicht nur, weil seine *Gefängnishefte* eher einem fragmentarischen Werk als einem geschlossenen Theoriegebäude gleichen, sondern auch, weil die Sammlung von Ideenskizzen, Anregungen und Auffassungen in einer Vielzahl von Paragraphen und Versatzstücken dem methodischen Umgang mit einem Denken entspricht, das in Bewegung bleiben soll.“<sup>11</sup> Gramsci hat energisch gegen jede Dogmatisierung des Marxismus gekämpft, so bereits in seiner frühen Auseinandersetzung mit Bucharins „Handbuch“ des historischen Materialismus. Wer seine Texte aufmerksam liest, wird feststellen, dass er bei der Darstellung vieler Themen die Inhalte ständig überarbeitet, korrigiert und auch ergänzt hat; das ist ein deutliches Zeichen der „Bewegung“ seines Denkens. Jedes Dogma war ihm suspekt, auch er lernte während seiner Arbeit ständig hinzu. Also hatte Gramsci gar nicht im Sinn, ein neues „System“ des Marxismus oder historischen Materialismus zu schaffen, sondern er tastete Möglichkeiten der Vertiefung, Erneuerung und Anpassung von Lehre

---

<sup>11</sup> Petra Lange: Wege des Politischen. Die politische Philosophie Antonio Gramscis und Hannah Arendts, Dissertation, FU, November 2001, S. 34.

und Praxis an die veränderten Bedingungen seiner Zeit ab. Den Vergleich mit dem Steinbruch muss man deshalb nicht unbedingt negativ interpretieren. In jedem Steinbruch können auch solche Steine zum Vorschein kommen, die sich für ein neues, solideres Fundament eignen.

- Wer heute allerdings kurzschlüssig glaubt, er bekomme beim Lesen der Manuskripte Gramscis Patentrezepte für heutige und künftige Gesellschaftsstrategien vermittelt, wird möglicherweise sehr enttäuscht sein. An keiner Stelle vertritt Gramsci ein Wahrheitsmonopol. Ein neuer Wahrheitsapostel wollte er wirklich nicht sein. Ein Grundzug seines ganzen Denkens bestand gerade darin, vor jede Schlussfolgerung für Strategie und Taktik die Analyse der konkreten gesellschaftlichen Situation zu stellen. Er wollte Antworten darauf suchen, wie die Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf neue Entwicklungen (Oktoberrevolution, Weiterentwicklung im Kapitalismus durch den Fordismus, Aufkommen des Faschismus, Scheitern von Revolutionen in Westeuropa) am besten reagieren und kämpfen könnte. Sein Werk galt seiner Zeit. Bemerkenswert ist aber eben, dass darüber hinaus in seinem Denken offensichtlich auch Elemente von allgemeinerer, über die damalige Zeit hinausweisender Bedeutung enthalten sind oder zumindest vermutet werden. Suchende von heute erhoffen sich zumindest Anregungen zum Weiterdenken. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. So sollte Gramscis Nachlass heute auch gelesen werden.

Experten schätzen ein, dass es über Gramsci schon 1989 über 6 000 Arbeiten in 26 Sprachen gab.<sup>12</sup> Gegenwärtig werden es weltweit wohl weit mehr sein. Das provoziert geradezu die Frage, was mich bewegt, dieser unübersehbaren Menge noch eine kleine Schrift hinzuzufügen.

Um das zu erklären, ist es wohl geraten, zuerst zu bestimmen, was ich nicht will. Ich beabsichtige überhaupt nicht, einen Beitrag zum vorrangig wissenschaftlich-theoretischen, akademischen Diskurs über Gramsci zu leisten, und schon gar nicht maße ich mir an, das Gesamtwerk von Gramsci beurteilen zu wollen. Es geht mir auch nicht darum, diese Thematik ausgehend von einem wie auch immer gearteten engen Parteiinteresse aufzugreifen. Eigentlich

---

<sup>12</sup> Siehe Christian Gaedt, a.a.O., S. 218.

schreibe ich hier als Privatperson, die selbst um Verständnis hinsichtlich der Erfordernisse unserer Zeit ringt.

Mein Leben lang habe ich politisch „links“ gedacht und gehandelt, einschließlich aller damit verbundenen Fehler und Irrtümer.<sup>13</sup> Gerade deshalb beunruhigt mich – wie sicher auch viele andere Menschen – zunehmend die Defensive und oft geradezu Ratlosigkeit des ganzen Spektrums linker Kräfte, das Fehlen relevanter alternativen Kräftekonstellationen und Strategien angesichts eines rasend schnell heraufziehenden Komplexes von Gefahren, von denen ich hier nur einige wesentliche aufzählend andeuten will: die Dominanz des neoliberalen Kapitalismus mit der weltweiten Verschärfung der Gegensätze zwischen Arm und Reich sowie mit einer neuen Renaissance von globalem Militarismus; die unter dem Motto der Globalisierung vor sich gehende Vernichtung des mühsam in Jahrhunderten aufgebauten, wenn auch sehr unvollkommenen Völkerrechtes zugunsten des Rechts der Stärkeren in den internationalen Beziehungen; der drohende Klimakollaps angesichts einer bereits weit fortgeschrittenen Störung der ökologischen Systeme (Umweltzerstörung); die Verknappung der weltweiten Ressourcen an Rohstoffen, Wasser, Energie, wodurch angesichts des Bevölkerungswachstums erbitterte Verteilungskämpfe im globalen Maßstab drohen; die andauernde Blockierung umfassender Gleichberechtigung der Frau weltweit. All das sind Probleme, die eigentlich alle Klassen, Schichten, Geschlechter und Staaten auf diesem Erdball angehen. Speziell für jene Linken, die überzeugt sind, dass auch oder gerade der „moderne“ Kapitalismus nicht in der Lage sein wird, hier humanistische Lösungen zu finden und dass deshalb alternative gesellschaftliche Verhältnisse erkämpft werden müssen, kommt die gravierende Gefahr hinzu, dass all diese Probleme eine nicht mehr ungeschehen zu machende Grenze überschreiten könnten, so dass alternative Handlungsmöglichkeiten sich auf ein unwirksames Minimum beschränken könnten, sich auch sozialistische (oder wie sonst auch genannte linke) Alternativen sich erübrigen oder ihnen nur noch die Aufgabe zufällt, eine nicht mehr lebenswerte Welt zu verwalten. Wir wissen nicht, wie viel Zeit wir noch für ein Umsteuern haben, um ein solches Katastrophenszenarium zu verhindern. Noch gibt es vielleicht Wege zum Umsteuern. Aber wie lange? Welche könnten es sein? Die Argumente, dass es uns (also auch mir) in Deutschland und in der EU doch vergleichbar

---

<sup>13</sup> Mir ist die Unschärfe des Begriffes „Links“ durchaus bewusst. Für mich bedeutet politisch „links“ zu stehen vor allem soziales, antimilitaristisches, antifaschistisches, humanistisches Denken und Handeln, zugleich gibt es in all diesen Bereichen allerdings keinen „linken“ Alleinvertretungsanspruch.



gut gehe, dass doch viel getan werde, um unübersehbare Krisen mit angedachten Reformen zu überwinden etc. und es wohl nicht angebracht sei, solche Katastrophenszenarien zu prognostizieren, beruhigen mich nicht, sie beunruhigen mich höchstens noch mehr, weil sie nicht nur den deutschen Michel in einer Zeit einschläfern, in der noch gehandelt werden kann und muss.

Für mich als Bürger, als demokratischen Linken ist die Suche nach Auswegen aus der eingetretenen, vielleicht verhängnisvollen Situation nicht einfach ein Problem für Eliten, für Parteien oder sonstige selbst ernannte Heilsbringer, sondern ein Problem, das mich persönlich berührt, zu dem ich selbst um Standpunkte ringe, ohne Auswege zu kennen oder auf Wunder zu hoffen. Also bemühe ich mich, mein Verständnis der Situation und hinsichtlich von Handlungsmöglichkeiten zu erhöhen, und suche auch persönlich nach Anregungen bei anderen.

Warum suche ich Anregungen gerade bei Antonio Gramsci?

Gramsci war – auch wenn das manche in Abrede stellen – Zeit seines Lebens Kommunist, sah sich in der Traditionslinie von Marx und Lenin und war keineswegs völlig davor gefeit, auch Fehler seiner Bewegung mitzutragen. Nun haben ja Kommunisten unter dem Banner des Marxismus/Leninismus gerade eine Bauchlandung hingelegt. Sollte man dann bei einem Kommunisten lernen wollen?

Die entscheidende Antwort gibt uns Gramsci selbst. Sein ganzes Werk ist durchdrungen von kritischem Respekt gegenüber anderen Ansichten und Philosophien. Aus seiner Sicht kann man Selbsterkenntnis nicht erreichen,

„wenn man nicht auch die anderen kennt, ihre Geschichte, die Abfolge ihrer Anstrengungen, die sie unternahmen, um zu sein, was sie sind.“<sup>14</sup>

Im Grunde hat er alle seine auch heute noch interessanten Schlüsselbegriffe, zu denen wir im Folgenden kommen werden, aus der kritischen, aber respektvollen Analyse vergangener Akteure und Denker abgeleitet. Seine Kritik hat ihn nie gehindert, stets auch jene Aspekte herauszufiltern, die er als wertvoll einschätzte und die er dann in seine eigenen Gedankengebäude einbaute: Die Analyse des italienischen Risorgimento verhalf ihm zur Vertiefung seiner Er-

---

<sup>14</sup> Antonio Gramsci: Sozialismus und Kultur. In: Antonio Gramsci: Gedanken zur Kultur, Reclam Verlag, Leipzig, 1987, S. 11.

kenntnisse über Staat und Überbau; die umfangreiche Kritik am italienischen Philosophen, Historiker, Literaturwissenschaftler und Politiker Benedetto Croce hinderte ihn nicht, diesen zu verehren und dessem Werk vielfältige Anregungen für sein eigenes theoretisches Denken zu entnehmen. Er legte großen Wert darauf, in die Betrachtungen über die Geschichte einer Epoche alle historischen Dokumente einzubeziehen und nicht nur jene, die ins eigene oder traditionelle Geschichtsbild passten.

Damit ist bereits angedeutet, dass Gramsci trotz seiner Irrtümer, die er auch beging, nicht so einfach mit jenen Kommunisten (oder angeblichen Kommunisten) in einen Topf geworfen werden kann, die seit Stalin den Marxismus/Leninismus mehr und mehr zu einem starren und schließlich unfruchtbaren Dogma, zu einer allzeit paraten und gültigen Formelsammlung machten. Gramsci wandte sich schon 1918 in einem Artikel über Marx zu dessen 100. Geburtstag gegen jegliche Erscheinungen von Dogmatismus im Umgang mit der Lehre von Marx:

„Marx hat keinen kurzgefassten Katechismus geschrieben, er war kein Messias, der eine Aneinanderreihung von Parabeln hinterlassen hätte, die kategorische Imperative, unbestrittene, absolute, außerhalb der Kategorien von Zeit und Raum stehende Normen enthalten.“<sup>15</sup>

Das war für ihn ein Leitgedanke, der ihn befähigte, nicht nur das nachzubeten, was als dominierende Meinung in der kommunistischen Bewegung unter Führung der aus Moskau gesteuerten Kommunistischen Internationale vorgegeben wurde. Dort war nur eine Auffassung zu jedem Sachthema richtig und verbindlich und jede abweichende Auffassung wurde damit als unwissenschaftlich, opportunistisch oder revisionistisch abgestempelt. Wahrscheinlich als indirekte Antwort auf die sich schon abzeichnenden undemokratischen und doktrinären Tendenzen in der kommunistischen Bewegung und in der Sowjetunion vertrat hierzu Gramsci einen dezidiert anderen Standpunkt:

„Bei der Herangehensweise an historisch-kritische Probleme darf die wissenschaftliche Diskussion nicht als ein Gerichtsprozess aufgefasst werden, in dem es einen Angeklagten und einen Staatsanwalt gibt, der von Amts wegen beweisen muss, dass der Angeklagte schuldig ist und es verdient, aus dem Verkehr gezogen zu werden. Weil man annimmt, dass das Interesse auf die Wahrheitssuche und den Fortschritt der Wissenschaft gerichtet ist, erweist sich in der wissenschaftlichen Diskussion derjenige

---

<sup>15</sup> Zitiert nach: Harald Neubert: Linie Gramsci-Togliatti-Longo-Berlinguer. VSA-Verlag, 2009, S. 19/20.

als ‚weiter fortgeschritten‘, der sich auf den Standpunkt stellt, dass der Gegner einen Anspruch ausdrücken kann, der, wenn auch als untergeordnetes Element, in die eigene Konstruktion eingebaut werden muss.“<sup>16</sup>

Gramsci wies auf diese Weise nicht nur darauf hin, dass man nicht nur Meinungen bürgerlicher Denker auf positiv nutzbare Elemente überprüfen sollte, sondern dass es notwendig sei, auch Auffassungen von Widerstreitenden in der eigenen kommunistischen Bewegung „danach zu prüfen, in welchem Maße deren Erkenntnisse in das eigene Theoriesystem integriert werden können“<sup>17</sup>.

Diesen undogmatischen Maßstab Gramscis bei der Beurteilung und Behandlung des Denkens anderer sollten wir auch an sein Denken anlegen.

Im Folgenden werde ich einige Schlüsselgedanken Gramscis, die mir hinsichtlich meiner oben umrissenen Zielstellung besonders wichtig erscheinen, kurz inhaltlich umreißen und dabei bemüht sein, deutlich zu machen, was mir auch heute noch relevant erscheint ( bzw. auch nicht) oder welche offenen Fragen dabei für mich auftauchen. Natürlich stütze ich mich bei der hier nur möglichen knappen Darlegung von Schlüsselgedanken vor allem auf Gramsci selbst, aber auch auf Überlegungen von weit besseren Gramsci-Kennern als ich es bin.

## **B. Gramsci auf der Suche nach neuen theoretischen und politischen Ansätzen für den Kampf der Arbeiterklasse**

Antonio Gramsci fasste sein Geschichts-, Politik- und Theorieverständnis unter dem Begriff „Philosophie der Praxis“ zusammen. Über den Inhalt dieses Begriffes wurde viel gerätselt; er wurde kontrovers interpretiert. Für die einen war es angesichts der Arbeit Gramscis unter der Zensur im Gefängnis nur ein Tarnbegriff für den marxistischen Begriff „Historischer Materialismus“ (also schlichtweg ein Synonym); völlig im Gegensatz dazu wollten andere unter diesem Begriff die Abkehr vom Marxismus erkennen. Es ist wohl eher W. F. Haug zuzustimmen, wenn er meint: „Vielleicht kann man sich darauf einigen, dass der Name ‚Philosophie der Praxis‘ mehrere Funktionen in sich vereinigt, dass er so auch die Funktion einer Tarnung mit der des substantiellen Programmbegriffs verbindet, allerdings unter Dominanz eines Erneuerungsprojektes. Man kann

---

<sup>16</sup> Gef, Heft 10, S. 1275f.

<sup>17</sup> Harald Neubert: Antonio Gramsci: Hegemonie-Zivilgesellschaft-Partei. Eine Einführung, VSA-Verlag Hamburg, 2001, S. 55.

der Auffassung sein, dass das unfertige gramscianische Projekt der Neugründung einer marxistischen Philosophie gleichkommt. Man kann aber auch mit Verena Krüger vorsichtiger sagen, dass es ‚darin bestand, mittels der Kritik an neueren politisch wirksamen und gleichwohl theoretisch zu bekämpfenden Auffassungen und unter Rückgriff auf Marx selbst die Marxsche Theorie zu erneuern bzw. dialektisch fortzuentwickeln ...‘<sup>18</sup> Wir müssen hier nicht entscheiden, welche Interpretation zutreffender ist. Im Rahmen unserer Überlegungen ist nur von Bedeutung, dass im Denken Gramscis viele Elemente und Anregungen in Richtung eines Erneuerungsprojektes vermutet werden. Die Grundlage dafür schuf sein undogmatisches, schöpferisches Herangehen an die Theorie. Die „Philosophie der Praxis“ war für ihn

„der Ausdruck dieser subalternen Klassen, die sich selbst zur Kunst des Regierens erziehen wollen und die daran interessiert sind, alle Wahrheiten zu kennen, auch die unerfreulichen, und die (unmöglichen) Betrügereien der Oberklasse und erst recht ihrer selbst zu vermeiden.“<sup>19</sup>

Natürlich handelt es sich bei Gramsci um ein Erneuerungsprojekt unter den Bedingungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, was aber nicht ausschließt, dass in diesem Projekt auch Elemente enthalten sind, die über diese Zeit hinausweisen. Hinzugefügt sei, dass der Begriff „Philosophie der Praxis“ ausdrücklich darauf hindeutet, dass Gramsci Theorie und Praxis in dialektischer Einheit sehen wollte. Er unterstrich die Bedeutung der Praxis für die Gewinnung theoretischer Erkenntnisse, aber wandte sich zugleich gegen eine Instrumentalisierung der Theorie in der Weise, dass sie pragmatisch politischen Zweckorientierungen untergeordnet wird. Für ihn waren Philosophie (Theorie) und Politik Ausgangspunkt und Endpunkt seiner „Philosophie der Praxis“.

### Kritik am Geschichtsdeterminismus

Gramsci hat sich besonders im Zusammenhang seiner Auseinandersetzung mit vulgärmaterialistischen und ökonomistischen Auffassungen<sup>20</sup> in der kommunistischen und Arbeiterbewegung scharf gegen die „Dogmatisierung des Marxis-

---

<sup>18</sup> Einleitung von W.F. Haug zu Heft 10 und 11 der „Gefängnishefte“: Gef, S. 1209.

<sup>19</sup> Gef, Heft 10, S. 1325.

<sup>20</sup> „Ökonomismus“ im Sinne der These von der ausschließlich ökonomischen Determiniertheit der Entwicklung. Zur Kritik Gramscis am Ökonomismus: Gef, Heft 4, S. 502; Heft 9, S. 1107.

mus zu einem gleichsam überhistorischen Schema von Gesetzmäßigkeiten“<sup>21</sup> gewandt. In seiner Auseinandersetzung mit Trotzki kritisiert er die bei jenem durchscheinende Auffassung, die Ökonomie könne faktisch von selbst, faktisch automatisch, zur Revolution und dadurch zum Kommunismus führen.<sup>22</sup> In der Auseinandersetzung mit Bucharins Buch „Theorie des historischen Materialismus“ wandte er sich gegen die Auffassung, man könne allein aus der Einsicht in die Bedingungen, aus dem Gang und den allgemeinen Resultaten der proletarischen Bewegung konkrete Aussagen über die Zukunft der Gesellschaft ableiten. Er setzte sich damit auseinander, ob eine auf Gesetzmäßigkeit beruhende gesellschaftliche Entwicklung, weil sie angeblich gesetzmäßig verlaufe, vorausschaubar sei. Schon in seinem 1917 geschriebenen Artikel „Die Revolution gegen das ‚Kapital‘“ hatte er fast beiläufig festgestellt:

„Marx hat das Vorhersehbare vorhergesehen ...“. Später meinte er etwas ironisierend: Die „Suche nach Gesetzen, nach konstanten, regelmäßigen, gleichförmigen Linien hängt mit dem etwas kindlich und naiv gefassten Bedürfnis zusammen, das praktische Problem der Vorhersehbarkeit der geschichtlichen Ereignisse endgültig zu lösen.“ Die historische Methodologie sei „als ‚wissenschaftlich‘ nur aufgefasst worden, wenn und insofern sie abstrakt dazu befähige, die Zukunft der Gesellschaft vorherzusehen ...“<sup>23</sup> „In Wirklichkeit kann man nur den Kampf ‚wissenschaftlich‘ vorhersehen, aber nicht seine konkreten Momente, die nur Ergebnisse kontrastierender, ständig bewegter und nicht auf fixe Qualitäten zurückführbare Kräfte sein können (...) Es gibt tatsächlich ‚Voraussicht‘, wenn man aktiv wird, wenn der Wille eingesetzt wird und man somit konkret dazu beiträgt, das vorhergesehene Resultat zu schaffen. Die Voraussicht erweist sich folglich nicht als ein wissenschaftlicher Akt der Erkenntnis, sondern als ein abstrakter Ausdruck der Anstrengungen, einen Kollektivwillen zu schaffen.“<sup>24</sup>

Man müsse sich der eigenen Geschichtlichkeit des historischen Materialismus, seiner Unabgeschlossenheit und auch Begrenztheit seiner perspektivischen Aussagen bewusst sein.<sup>25</sup> In den „Gefängnisheften“ warnte er eindeutig vor überzogenem, aber weit verbreitetem Geschichtsdeterminismus:

---

<sup>21</sup> Frank Deppe: Zur Aktualität der politischen Theorie von Luxemburg und Gramsci. In: Die „Linie Luxemburg-Gramsci“. Zur Aktualität marxistischen Denkens. Argument-Sonderband, 1989, S. 25.

<sup>22</sup> Siehe: Gramsci, Gef, Heft 13, S. 1571.

<sup>23</sup> Zitiert nach: Harald Neubert: Linie Gramsci ..., S. 18.

<sup>24</sup> Zit. nach: Detlef Albers: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci: Zur politischen Theorie des Marxismus. Argument-Verlag, Berlin 1983, S. 143.

<sup>25</sup> Vgl. ebenda, S. 145.

„Es handelt sich nicht darum, ein metaphysisches Gesetz des ‚Determinismus‘ zu entdecken, und nicht einmal darum, ein ‚allgemeines‘ Kausalitätsgesetz festzustellen. Es handelt sich darum, herauszufinden, wie sich in der historischen Entwicklung relativ ‚dauerhafte‘ Kräfte bilden, die mit einer gewissen Regelmäßigkeit und einem gewissen Automatismus wirken. Auch das Gesetz der großen Zahl, obgleich es sehr nützlich ist als Vergleichsgröße, kann nicht als das ‚Gesetz‘ der geschichtlichen Tatsachen angenommen werden.“<sup>26</sup>

Besonders wandte er sich gegen eine vulgärmaterialistische Gleichsetzung von Naturgesetzen und gesellschaftlichen „Gesetzen“, die er auch in Bucharins „Gemeinverständlichen Lehrbuch der marxistischen Soziologie“ zu erkennen glaubte:

„Ohne die Tätigkeit des Menschen, Schöpferin aller Werte, auch der wissenschaftlichen – was wäre die ‚Objektivität‘? Ein Chaos, also nichts, die Leere.“<sup>27</sup>

Die Grenzen zwischen gesellschafts- und naturwissenschaftlichen Erkenntniswegen wollte er nicht verwischt sehen:

„Man muss festhalten, dass jede Forschung ihre bestimmte Methode hat und ihre spezifische Wissenschaft. Die Methode entsteht zugleich mit der Entwicklung und der Ausgestaltung dieses bestimmten Forschungs- und Wissenschaftszweiges und bildet mit ihm eine Einheit. Zu glauben, der wissenschaftliche Fortschritt könne erzielt werden, indem man eine typisierte Methode anwendet, lediglich weil sie auf einem anderen, verwandten Gebiet gute Ergebnisse zeitigt, das ist eine merkwürdige Verblendung, die mit wissenschaftlichem Denken wenig zu tun hat.“<sup>28</sup>

Es scheint also durchaus gerechtfertigt, bei Gramsci ähnlich wie bei Otto Bauer eine Hinwendung zum Begriff von „Tendenzgesetzen“ für die gesamte Gesellschaftswissenschaft bzw. hin zu sozialen Bewegungsgesetzen zu entdecken. Detlev Albers schätzt Gramscis Haltung so ein: „Was er für zentral hält, ist die Aussagefähigkeit gesellschaftlicher Gesetze vom Ballast naturwissenschaftlich geprägten Aberglaubens und entsprechenden Erwartungshaltungen zu befreien, ihnen überhaupt erst wieder eine ihrem Gegenstand allein angemessene Fragestellung zurückzugewinnen. Ist das aber einmal geleistet, sind deterministische und Zusammenbruchsvorstellungen gleichermaßen beiseite geräumt und der lebendige Kern gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsinteresses endlich wieder aufgedeckt, in der Analyse sozialer Bewegungsgesetze, ihrer

---

<sup>26</sup> Antonio Gramsci, Gef, Heft 12, S. 1467.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 1448.

<sup>28</sup> Zitiert nach: Detlev Albers, a.a.O., S. 147.

Herausbildung und Überwindung erfasst, so wird man nach Gramscis Überzeugung unabweisbar auf den Marxismus stoßen, und zwar gerade in jener Form des Historischen Materialismus, in der er zur Entfaltung aller Dimensionen des subjektiven Faktors fähig ist.“<sup>29</sup>

Indem Antonio Gramsci sich gegen den Geschichtsdeterminismus, den Gesetzmäßigkeitswahn und die Überbetonung von ökonomischen Prozessen und „Objektivität“ wandte, hob er zugleich die Rolle des subjektiven Faktors, die Rolle der politischen Subjekte im Kampf für eine grundsätzlich andere Gesellschaft wieder stärker hervor. „Gegen den ‚fatalistischen Finalismus‘, einer Geschichtstheorie, die das Proletariat zum Anhängsel oder bestenfalls Vollzugsorgan der ‚Rationalität der Geschichte‘ macht, hebt Gramsci also die Bedeutung der politischen Initiative im Prozess der geschichtlichen Entwicklung hervor.“<sup>30</sup>

Wie dargelegt, warnte Antonio Gramsci vor den Anfängen eines sich in der Theorie offenbarenden Geschichtsdeterminismus, aber er konnte noch nicht wissen, welche gravierenden Wirkungen dieser in der Folgezeit in der Praxis der kommunistischen und Arbeiterbewegung erreichen sollte. Diese Wirkungen erwiesen sich als janusköpfig. Der tiefe Glaube an die unerschütterliche Gesetzmäßigkeit der Entwicklung zum Sozialismus/Kommunismus, gespeist von einem großen Schuss Geschichtsdeterminismus, hatte durchaus einen nicht übersehbaren Anteil an den Überzeugungen und dem Opferwillen ganzer Generationen von Kommunisten. Ihre Standhaftigkeit im Kampf gegen den Faschismus, ihre Bereitschaft, für die „Sache“ sogar ins KZ zu kommen und dort ihr Leben zu geben, speiste sich zu einem beträchtlichen Teil aus ihrer Überzeugung über die Sieghaftigkeit ihrer Idee. Selbst wenn sie persönlich es nicht mehr erleben konnten, was für jeden natürlich eine Katastrophe bedeutete, schöpften sie Kraft aus der Hoffnung auf die bessere Zukunft, die sich letztlich durchsetzen würde und wofür sie ihren Beitrag geleistet hatten. Wie stark verwurzelt diese Überzeugung war, zeigte sich selbst in Stalins Gulag. Trotz Lagerhaft, Verbannung, bei vollem Bewusstsein, dass das auch ihren Tod bedeuten konnte, blieb die Mehrheit der von „den eigenen Leuten“ Verfolgten ihrer kommunistischen Überzeugung treu. Darüber mag man heute angesichts verbreiteter Geschichtslosigkeit den Kopf schütteln, aber der Beitrag, den die Sow-

---

<sup>29</sup> Ebenda, S. 147/148.

<sup>30</sup> Annegret Kramer: Gramscis Interpretation des Marxismus. In: Hans Heinz Holz/Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.): Betr.: Gramsci. Philosophie und revolutionäre Politik in Italien. Pahl-Rugenstein, Köln 1980, S. 156.

jetunion und auch Kommunisten vieler Länder (darunter auch in Gramscis italienischer Heimat) bei der Zerschlagung der Faschisten geleistet haben, spricht für sich.

Zugleich ist aber gerade der mit dem Namen von Stalin verbundene Gulag, der Millionen das Leben kostete, das schlimmste Beispiel für die andere Seite des Januskopfes von Geschichtsdeterminismus. Die Auffassung nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in der Führung vieler Parteien der Komintern, selbst die entscheidende Kraft zur Durchsetzung einer geschichtlichen Mission zu sein, verführte nicht nur zur Politik „das gerechtfertigte Ziel heiligt die Mittel“, sondern auch zur Gleichschaltung der Menschen zu einem „kollektivistischen“ Gemeinschaftsdenken und zur Missachtung der Persönlichkeit, der Würde und des Lebens des einzelnen Menschen. Diese Missachtung des subjektiven Faktors beim Kampf um eine andere (ja eigentlich humanistisch sein sollende) Gesellschaftsordnung und die Überbetonung der „Objektivität“ der eigenen Wege und Ziele wurden bekanntlich in der Praxis zu einem der Sargnägeln für den „realen Sozialismus“ an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert. Dabei war der dort übliche „Gesetzeswahn“ noch die harmloseste Erscheinung. Wenn schon die Entwicklung zum Sozialismus/Kommunismus gesetzmäßig war bzw. sein sollte, so musste alles auf dem Wege dorthin ebenfalls gesetzmäßig sein, bis hin zur Lächerlichkeit: Gesetz der planmäßig proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“, „Gesetz des stetigen Wachstums der Arbeitsproduktivität“ etc. Das und viel mehr war alles „gesetzmäßig“, nur die Wirklichkeit scherzte das wenig. Das bewusste Streben in solche Richtungen hätte ja auch gereicht, nur die Praxis war im Wege.

Eine Portion Geschichtsdeterminismus offenbarte sich auch in der ständigen Anfälligkeit der kommunistischen Bewegung für Zusammenbruchs-Theorien bezüglich des Kapitalismus, wobei angesichts seiner Krisen dessen weitere Entwicklungsfähigkeit frevelhaft unterschätzt wurde. Daran Anteil hatte natürlich die simplifizierende Lesart von Lenins These vom Imperialismus als faulendem und sterbendem Kapitalismus, obgleich Lenin eigentlich Weiterentwicklungen des Kapitalismus durchaus auch in Rechnung gestellt hatte.

Bei aller Häme, die angesichts des Geschichtsdeterminismus in der kommunistischen und Arbeiterbewegung sowie im „realen Sozialismus“ auftauchen kann, dürfte Häme kaum Aufgabe und Anliegen der Linken von heute sein. Deshalb



seien hierzu in diesem Zusammenhang kurz einige aus der Sicht Gramscis sich heute ergebende Probleme und offene Fragen angeführt:

- Erforderlich erscheint eine weitaus tiefere Analyse der Krisenhaftigkeit des heutigen Kapitalismus in engem Zusammenhang mit der Analyse seiner weiteren Entwicklungsfähigkeit. Vor allem simple Zusammenbruchs-Prognosen hinsichtlich des Kapitalismus und Unterschätzung seiner Entwicklungspotenzen trotz (vielleicht auch wegen) seiner Krisenhaftigkeit sollten vermieden werden.
- Angesichts der Niederlage des „realen Sozialismus“, des tendenziell sinkenden Gewichts einer Arbeiterbewegung in ganzer Breite und auch jener Teile der Sozialdemokratie, die sich ein gewisses alternatives Potenzial bewahrt haben, angesichts der Zersplitterung der Linken überhaupt ist es im linken Lager und in der Bevölkerung zu einem gravierenden Verlust an Geschichtsoptimismus gekommen. Dieser hat in der Vergangenheit Volksmassen bewegt, war durchaus ein wesentlicher Mobilisierungsfaktor. Wie ist er zu erneuern, oder was ersetzt diese Mobilisierungskraft? Können die oben kurz erwähnten sich zuspitzenden Probleme, die auf eine Lösung drängen, eine neue Mobilisierungswelle hervorbringen? Das „Vertrauen“ darauf kann sehr trügerisch sein. Eher sind neue Dimensionen der Passivität, Lethargie, des Sich-Zurückziehens auf die Erhaltung des Alltagswohls denkbar, besonders, wenn „große Probleme“ aufgeworfen werden, die „den kleinen Mann“ und sein (persönlich begrenztes) Alltagsleben erst einmal nicht direkt existenzbedrohend berühren.
- Angesichts der Begrenztheit der perspektivischen Aussagen, von denen Gramsci sprach, erscheint es wenig fruchtbar, dass sich Linke streiten und einander bekämpfen über Fragen, ob und wie eine künftige alternative, sozialistische oder kommunistische Gesellschaft – wenn es sie angesichts der Möglichkeit der Selbstzerstörung der Menschheit oder Zerstörung durch nicht beherrschbare Naturkatastrophen denn je geben sollte – konkret aussehen muss. Es ist zum Beispiel irrational, sich heute über Fragen zu entzweien, ob überhaupt oder welches Privateigentum an Produktionsmitteln es dann noch geben wird. Schon die Missachtung des Klein- und Mitteleigentums im „realen Sozialismus“ hatte genug schlim-

me Folgen. Gramsci selbst sprach von Jahrhunderten, die der Übergang zur „regulierten Gesellschaft“ (worunter er die kommunistische Gesellschaft verstand) wahrscheinlich dauern könne.<sup>31</sup> Man überlasse es doch am besten späteren Generationen, solche Fragen entsprechend ihrer Situation zu entscheiden. Karl Marx hat auch nur in sehr allgemeiner Form das Wesen der angestrebten Gesellschaft umrissen und keine Theorie des Sozialismus oder Kommunismus entwickelt. Ebenfalls bei Gramsci finden sich nur selten Bemerkungen über den Inhalt einer sozialistischen/kommunistischen Gesellschaft, obgleich er ja in der Anfangsphase der Sowjetunion lebte. Im Sinne Gramscis wäre es wohl, sich für reale, erreichbare Ziele in der gegenwärtigen Welt einzusetzen, natürlich mit dem Blick auf eine humanistische Alternative. Aber darauf müssen wir weiter unten wohl näher eingehen.

- Ein schwieriges Problem bleibt, inwieweit der Marxismus in seiner heutigen Ausprägung dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit entspricht, womit ja der oft erhobene Wahrheitsanspruch (und Hochmut!) gegenüber anderen Philosophien, Gesellschaftskonzeptionen und politischen Kräften verbunden war. Dass Marx eine wissenschaftliche Analyse des Kapitalismus begründet hat, das wird heute wohl kaum jemand ernsthaft bezweifeln können (Gramsci verwies darauf, dass selbst Kapitalisten bei Marx gelernt haben); dass er damit eine weltweite Emanzipationsbewegung initiiert hat, ebenfalls nicht. Schwierig bleibt es jedoch, schlüssig zu belegen, welche überzeugenden und wissenschaftlich haltbaren Aussagen der heutige Marxismus über die vor uns liegende Periode entwickelt hat bzw. entwickelt. Welche „Tendenzgesetze“ oder „Bewegungsgesetze“ in dem von Gramsci gemeinten Sinne hat er erforscht? Vermag der Marxismus heutiger Ausprägung (hier meine ich nicht nur den dogmatisierten Marxismus/Leninismus) seinen Anspruch auf wissenschaftliche Einsicht in die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten aufrechtzuerhalten? Das ist hier nicht mein Thema, aber ich bin sicher, dass mir eine schlüssige Antwort schwer fallen würde.

---

<sup>31</sup> Gef, Heft 8, S. 888.

## Suche nach einem neuen revolutionstheoretischen Ansatz

In der Zeit, als Antonio Gramsci in Haft war, stellte er fest, dass sich die nationale und internationale Situation gravierend geändert hatte. In Italien war der Faschismus an die Macht gekommen, in Deutschland, Ungarn und anderen Ländern erlitt die revolutionäre Arbeiterbewegung schwerwiegende Niederlagen, der Kapitalismus konnte sich nach schweren Krisenprozessen wieder stabilisieren, die Beispielwirkung der Oktoberrevolution verlor angesichts der Schwierigkeiten und Probleme in der Sowjetunion an Kraft. Gramsci registrierte diese qualitativ neuartige Situation nicht nur, sondern sie brachte ihn zu tiefgreifenden Überlegungen, welche Konsequenzen die kommunistische Bewegung daraus für ihre Strategie und Taktik ziehen müsste. Zwar war er kein Führer der Kommunistischen Partei Italiens mehr, aber er war auch im Gefängnis nach wie vor mit dieser Partei und der internationalen kommunistischen Bewegung verbunden. Er begab sich auf die Suche nach neuen theoretischen und strategischen Ansätzen zur Revolutionierung der Gesellschaft.

Während die Parteien, die der Komintern angeschlossen waren, annahmen, es handle sich zu seiner Zeit lediglich um eine relative Stabilisierung des Kapitalismus, der bald neue Zuspitzungen und Möglichkeiten für offensive revolutionäre Aktionen folgen würden, stellte sich das Problem für Gramsci grundsätzlich anders dar. Er postulierte seine These vom

„Übergang vom Bewegungskrieg (und vom Frontalangriff) zum Stellungskrieg auch im Feld der Politik. Dies scheint mir das wichtigste von der Nachkriegszeit gestellte Problem politischer Theorie und das am schwersten richtig zu lösende.“<sup>32</sup>

In Anlehnung an eine Überlegung Lenins schrieb er:

„Mir scheint, Iljitsch hatte verstanden, dass es einer Wende vom Bewegungskrieg, der 1917 siegreich im Osten angewandt worden war, zum Stellungskrieg bedurfte, welcher der einzig mögliche im Westen war, wo (...) die Heere in kurzer Zeit unermessliche Mengen an Munition anhäufen konnten, wo die sozialen Kader von sich aus noch fähig waren, zu hochgewappneten Schützengräben zu werden. (...) Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und

---

<sup>32</sup> Gef, Heft 6, S. 816.

beim Wanken des Staates gewährte man sogleich eine robuste Struktur der der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand (...).“<sup>33</sup>

Mit anderen Worten, er hielt es für politisch unverantwortlich, angesichts der anderen bzw. veränderten Kräfteverhältnisse weiterhin auf einen „Bewegungskrieg“ zur staatsstreichartigen Eroberung von Machtpositionen zu orientieren. Dass auch der nun nur noch mögliche „Stellungskrieg“ langwierig, schwierig und verlustreich sein würde, das war ihm bewusst:

„Der Stellungskrieg fordert enorme Opfer unermesslicher Bevölkerungsmassen, deshalb bedarf es einer unerhörten Konzentration der Hegemonie und folglich einer interventionistischeren ‚Regierungsform‘ (...).“<sup>34</sup>

Er dachte also nicht allein an traditionelle Reformen, die die Grundlagen des kapitalistischen Systems nicht antasten, wie ihm nicht selten unterstellt wird. „In diesem (...) Revolutionsmodell, dem ‚Stellungskrieg‘, das nicht nur aus konjunkturellen, sondern aus grundsätzlichen Überlegungen heraus das einzige für den Westen relevante Modell ist, kann Revolution nicht als einmaliger Akt der Machtergreifung, als ‚Stunde X‘ verstanden werden, sondern nur als langwieriger Prozess.“<sup>35</sup>

Gramsci begründete die Notwendigkeit einer neuen Strategie und Taktik in hoch entwickelten kapitalistischen Staaten des Westens aber nicht allein mit der veränderten politischen Situation, sondern auch „über die veränderte Rolle des Überbaus und die damit gegebenen veränderten Formen, mit der die herrschende Klasse ihre Macht ausübt.“<sup>36</sup> In einem Brief an Tatjana (Tanja) Schucht vom 3. August 1931 äußerte er ausdrücklich den „Wunsch, die Auffassung vom Staat zu vertiefen“<sup>37</sup> Er stellte fest, dass der im Marxismus „gängige Staatsbegriff einseitig ist und zu riesigen Fehlern führt“<sup>38</sup> Am 7. September des gleichen Jahres berichtete er in einem Brief an Tatjana über eine von ihm entworfene Studie über die Intellektuellen, zu der er ausführt:

---

<sup>33</sup> Gef, Heft 7, S. 873/874.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 816.

<sup>35</sup> Karin Priester: Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus: Gramsci und Della Volpe. CampusVerlag, Frankfurt/New York 1981, S. 58.

<sup>36</sup> Joachim Bischoff: Einführung Gramsci, VSA-Verlag Hamburg, 1881, S. 133.

<sup>37</sup> Antonio Gramsci – vergessener Humanist?, S. 193.

<sup>38</sup> Gef, Heft 6, S. 815.

„Diese Studie führt auch zu gewissen Feststellungen über die Konzeption des Staates, der gewöhnlich als politische Gesellschaft verstanden wird (entweder Diktatur oder Zwangsapparat, um die Masse des Volkes der Produktionsweise oder der Ökonomie in einem gegebenen Augenblick anzupassen) und nicht als ein Gleichgewicht zwischen der politischen Gesellschaft und der zivilen Gesellschaft (oder als Hegemonie einer sozialen Gruppe über die gesamte Gesellschaft ausübt durch die sogenannten Privatorganisationen wie Kirchen, Syndikate, Schulen usw.).“<sup>39</sup>

In den „Gefängnisheften“ vertiefte er diese Gedanken. In Auswertung der historischen Erfahrungen im Risorgimento schrieb er:

„Das historisch-politische Kriterium, das den eigentlichen Untersuchungen zugrunde gelegt werden muss, ist folgendes: dass eine Klasse auf zweierlei Weise herrschend ist, nämlich ‚führend‘ und ‚herrschend‘. Sie ist führend gegenüber den verbündeten Klassen und herrschend gegenüber den gegnerischen Klassen. Deswegen kann eine Klasse bereits bevor sie an die Macht kommt ‚führend‘ sein (und muss es sein): wenn sie an der Macht ist, wird sie herrschend, bleibt aber auch weiterhin ‚führend‘.“<sup>40</sup>

Später konkretisierte er:

„Vorläufig lassen sich zwei große superstrukturelle ‚Ebenen‘ festlegen – diejenige, die man die Ebene der ‚Zivilgesellschaft‘ nennen kann, d.h. des Ensembles der gemeinhin ‚privat‘ genannten Organismen, und diejenigen der ‚politischen‘ Gesellschaft oder des Staates - , die der Funktion der ‚Hegemonie‘, welche die herrschende Gruppe in der gesamten Gesellschaft ausübt, und der Funktion der ‚direkten Herrschaft‘ oder des Kommandos, die sich im Staat und in der ‚formellen‘ Regierung ausdrückt, entsprechen.“<sup>41</sup>

Gewissermaßen gibt es zwei „Stockwerke“ des Überbaus: die Zivilgesellschaft („società civile“) und die politische Gesellschaft (società politica“) oder der Staat im engeren Sinne.<sup>42</sup>

Obleich Gramsci durch Ansätze bei Marx, Engels und Lenin inspiriert wurde, erweiterte und vertiefte er also den Staatsbegriff. Er ging „stärker als seine Vorgänger über den Rahmen der politischen Strukturen hinaus und bezog zivilgesellschaftliche Strukturen in sein Konzept ein.“<sup>43</sup> Damit orientierte er die Arbeiterbewegung darauf, sich nicht nur einseitig auf die Vernichtung des Repressionsapparates der bürgerlichen Klasse und die Eroberung von Machtpositio-

---

<sup>39</sup> Antonio Gramsci – vergessener Humanist?, a.a.O., S. 198.

<sup>40</sup> Gef, Heft 1, S. 101.

<sup>41</sup> Gef, Heft 12, S. 1502.

<sup>42</sup> Vgl. Theo Votos: Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci, Argument-Verlag, Hamburg/Berlin 2001, S. 67.

<sup>43</sup> Uwe Hirschfeld: Gramsci – Perspektiven, Argument-Sonderband, Neue Folge 15256, 1998, S. 121.

nen zu konzentrieren, sondern sie müsse bereits vor der Machtergreifung um Hegemonie auch im zivilgesellschaftlichen Bereich kämpfen und dort Führungsfähigkeit beweisen. „In diesem Revolutionsmodell ist also von entscheidender Bedeutung, dass die antagonistische Klasse bereits vor der Machtergreifung die Führung über die in einem Bündnissystem organisierten bisherigen Subalternen erlangt und den Konsensus der Mehrheit der Bevölkerung auf sich vereinigen kann ...“<sup>44</sup> In seinem Verständnis gilt: Auch wenn er keineswegs den Revolutionsbegriff völlig fallen ließ oder andererseits bis ins Detail den revolutionären Prozess unter den neuen Bedingungen definieren konnte, gab er mit seinen Überlegungen zum Staat zumindest den Anstoß, über eine theoretische und strategische Neuformierung der Bedingungen für gesellschaftspolitische Einflussnahme der Arbeiterbewegung weiter nachzudenken. Unter diesem Gesichtspunkt wird weiter unten noch zur Zivilgesellschaft und zur Hegemonie Vertiefendes zu sagen sein.

Im Zusammenhang mit der Suche nach einem neuen revolutionstheoretischen Ansatz bei Gramsci sind auch seine Überlegungen zur „passiven Revolution“ von Interesse. In den „Gefängnisheften“ analysierte er das Verhältnis von „Gemäßigten“ und der „Aktionspartei“ im italienischen Risorgimento. Dort errangen die „Gemäßigten“ die politische Führung durch das Absorbieren der Elite aus den gegnerischen Gruppen, was bewirkte, dass die Aktionspartei führerlos und für lange Zeit ausgeschaltet wurde. Es hat der schwachen Bourgeoisie in Italien

„das Risorgimento in den Formen und in den Grenzen (...) ermöglicht, in denen es sich als Revolution ohne Revolution (oder als passive Revolution nach dem Ausdruck V. Cuocos) vollzogen hat.“<sup>45</sup>

Auch im Zusammenhang mit seinen Ausführungen zum Amerikanismus/Fordismus warf er die Frage auf, ob der Amerikanismus eine geschichtliche „Epoche“ bilden kann, das heißt, ob er eine schrittweise Entwicklung vom an anderer Stelle<sup>46</sup> untersuchten Typus der fürs letzte Jahrhundert charakteristischen ‚passiven Revolutionen‘ hervorbringen kann, oder ob er statt dessen nur die molekulare Anhäufung von Elementen darstellt, die dazu bestimmt sind, eine ‚Explosion‘ hervorzurufen, das heißt, einen Umsturz französischen

---

<sup>44</sup> Karin Priester, a.a.O., S. 58.

<sup>45</sup> Gef, Heft 1, S. 102.

<sup>46</sup> Gemeint sind die Studien zum italienischen Risorgimento.

Typs.<sup>47</sup> Gramsci verwies darauf, dass der Fordismus für die Arbeiter nicht nur Erschwernisse, sondern auch durchaus Vorteile brachte, die sie an das System band. Ebenfalls war für ihn die Machtergreifung des Faschismus in Italien eine „passive Revolution“, da der versuchte, gegnerische Kräfte nicht nur zu vernichten, sondern auch zu assimilieren, und bürgerliche Eliten zu gewinnen, um seine Macht wirtschaftlich und politisch zu legitimieren.

Bei den „passiven Revolutionen“ ging es im Gegensatz zur „aktiven Revolution“ des Proletariats um „eine Evolution der kapitalistischen Gesellschaft selbst, ihre weitere ökonomische Expansion und innere Stabilisierung durch staatsdirigistische Eingriffe, aber ohne radikales Einreißen der traditionellen Klassenhierarchien“<sup>48</sup> Es ist bereits erwähnt worden, dass Gramsci die erkennbare Stabilisierung des Kapitalismus seiner Zeit nach den Krisenprozessen nicht nur als relative Stabilisierung, nicht als einen unaufhaltsamen, gesetzmäßigen Niedergang des Kapitalismus, sondern als einen ökonomischen Anpassungs- und Erneuerungsprozess des Systems begriff. Seine Überlegungen zur „passiven Revolution“ sollten die Arbeiterbewegung auf die Möglichkeiten und Aktionen des Klassegegners aufmerksam machen, die darauf zielten, Teile ihrer Gegner zu assimilieren und diese für die Stabilisierung des politischen Systems heranzuziehen, womit eine „aktive Revolution“ traditioneller Art zunehmend erschwert oder gar unmöglich gemacht werden sollte.

Bevor ich aus heutiger (oder besser: meiner heutigen) Sicht wenige Bemerkungen zu den oben angeführten revolutionstheoretischen Ansätzen bei Gramsci anfüge, mache ich ausdrücklich darauf aufmerksam, dass sich Gramscis Ansätze keineswegs darauf reduzieren. Wahrscheinlich finden sich in seinen Überlegungen zur Hegemonie, Zivilgesellschaft und zu Bündnisfragen, über die im Folgenden die Rede sein soll, weit bedeutungsvollere Anregungen auch für ein Verständnis seiner Revolutionstheorie. Im Grunde sind alle diese Probleme im Komplex zu sehen; um aber Einzelprobleme klarer herausarbeiten zu können, habe ich hier methodologisch doch eine relativ getrennte Behandlung gewählt.

Was erscheint mir aus heutiger Sicht zu den angeführten Ansätzen bemerkenswert?

---

<sup>47</sup> Siehe: Harald Neubert: Antonio Gramsci: Hegemonie-Zivilgesellschaft-Partei. Eine Einführung. VSA-Verlag Hamburg, 2001, S. 36. Zu dem Problem von Amerikanismus bzw. Fordismus siehe: Gef, S. 2063 ff.

<sup>48</sup> Sabine Kebir: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft, VSA-Verlag, Hamburg 1991, S. 26.

- Obgleich manche Autoren zu der Ansicht neigen, Gramsci habe im Grunde den Begriff der Revolution aufgegeben und sich für eine rein evolutionäre Entwicklung im Rahmen der bürgerlichen Demokratie entschieden, ist dem zu widersprechen. Zwar ist es auffällig, dass er in seinem Spätwerk, den „Gefängnisheften“, mit dem Begriff „Revolution“ äußerst zurückhaltend umging, ihn fast nur noch im Zusammenhang mit historischen Revolutionen benutzte und die anzustrebenden Umgestaltungen mit anderen Begriffen umschrieb („Schaffung des Staates“, Kampf um den „Besitz des Staates“, „Umsturz der Praxis“).<sup>49</sup> Es liegt zunächst nahe, diese Art der Verschlüsselung des Revolutionsbegriffes mit den Haftbedingungen zu erklären. Aber es ist wohl nicht abwegig, Gramscis Zurückhaltung bei der Nutzung des Begriffes Revolution auch mit dem Umstand in Verbindung zu bringen, dass er der in der Arbeiterbewegung vor und nach der russischen Oktoberrevolution weit verbreitete Gleichsetzung von „Revolution“ und Aufstand vor allem gewaltsamer Weise, in der Art einer „Palastrevolution“, nicht Vorschub leisten wollte. Ihm ging es ja gerade darum, ein solch einseitiges Verständnis von Revolution zu überwinden. Wie zäh solche Vorstellungen sind, können wir heute noch feststellen, wenn bei bestimmten Aktionen manche Linke „Rrrrevoltion“ mit vielen rollenden „R“ wirklichkeitsfremd und militant skandieren. Dass Gramsci allerdings durchaus einen qualitativen Bruch mit dem kapitalistischen System anstrebte, davon zeugt sein ganzer geistiger Nachlass.
- Wesentlich ist jedoch, dass er diesen „Bruch“ eben nicht als einmaligen Akt, sondern in westlichen hochindustrialisierten Ländern als Ergebnis einer sehr langfristigen Strategie begriff, die er in der damaligen Situation im Grunde für alternativlos hielt, auch wenn er an wenigen Stellen einräumte, dass es im grundsätzlichen „Stellungskrieg“ auch einmal Momente eines „Bewegungskrieges“ geben könnte. Wenn man seinen Argumenten folgt, insbesondere hinsichtlich der „robusten Kette von Belagerungswerken und Kasematten“ in den westlichen Staaten, so ist angesichts der Weltentwicklung nach seinem Tod mit einiger Sicherheit zu behaupten, dass der von Gramsci umrissene „Stellungskrieg“ wahrscheinlich heute und auch in absehbarer Zukunft die einzige Möglichkeit

---

<sup>49</sup> Siehe Sabine Kebir, a.a.O., S. 26.



bietet, alternative Veränderungen im gegenwärtigen Kapitalismus einzuleiten und auch durchzustehen. Anstatt „Rrrrevolution“ zu skandieren ist es wohl eher geraten, mit größerer Aufmerksamkeit die heutigen „robusten Ketten von Belagerungswerken und Kasematten“ gründlicher zu analysieren, um so Chancen und Risiken für alternatives Wirken realistischer beurteilen zu können.

- In diesem Zusammenhang sind Gramscis Überlegungen zur „passiven Revolution“ auch für unsere heutige Zeit von hohem Wert. Er entwickelte sie in einer Zeit, als der Kapitalismus mit dem Amerikanismus/Taylorismus/Fordismus eine neue Stufe seiner Entwicklung erreicht hatte. Er mahnte damit die damalige Arbeiterbewegung, nicht die systemstabilisierenden Fähigkeiten des Kapitalismus zu übersehen, die dem Kampf um ihre Klassenziele hohe Hürden entgegensetzten. Die „passive Revolution“ erwies sich als probates Instrument zur Neutralisierung und Vereinnahmung oppositioneller Gruppen und Klassen im Dienste der Systemstabilisierung. Es ist wohl angebracht, die weltweite Hegemonie des Neoliberalismus<sup>50</sup> in der Gegenwart auch als eine neue Stufe in der Entwicklung des Kapitalismus und als „passive Revolution“ zu begreifen. Viele Linke sehen oft mit gewisser „Schadenfreude“ die am Anfang des 21. Jahrhunderts ausgebrochenen tiefen Krisenprozesse, die der Neoliberalismus verursacht hat (Finanzkrise, Bankenkrise; Überproduktionskrise etc.), und deuten sie einseitig als Schwächung des Systems. Viel schwerwiegender ist jedoch, „dass sich unter neoliberaler Hegemonie transnational eine neue Produktions- und Lebensweise etabliert hat“<sup>51</sup> Es ist hier nicht möglich, das breit zu belegen, es seien nur stichpunktartig und unsystematisch einige Aspekte aufgezählt, um anzudeuten, was damit gemeint ist: die Durchsetzung eines globalen Finanzkapitalismus; Entstehung transnational operierender informeller und koordinierender Gremien wie zum Beispiel die Münchener Sicherheitskonferenz, die Spitzenpolitiker, Militärs und Rüstungsindustrielle in militärstrategische Planungsspiele einbezieht; ein Geflecht von internationalen Organisationen,

---

<sup>50</sup> Der Begriff „Neoliberalismus“ wird hier benutzt, weil er sich sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik durchgesetzt hat. Er hat mit dem traditionellen Liberalismus kaum noch etwas zu tun, kaschiert nur den reaktionären Markt- und Ultrakapitalismus.

<sup>51</sup> Mario Candeias: Gramscianische Konstellationen. In: Andreas Merckens/Victor Rego Diaz, a.a.O., S. 26. Siehe auch: Ebenda, S. 27-31.

die weltweit auch in nationale Politik eingreifen (IWF, WTO, G7 bzw.G8); die Nutzung modernster Technik zur nationalen und internationalen Überwachung und Spionage; die Globalisierung des Arbeitsmarktes und dessen Nutzung zur Profitmaximierung und zugleich zur Entsolidarisierung der Werktätigen; die Nutzung der hochtechnologischen Produktionsweise zur Fragmentierung der Lohnabhängigen (Heimarbeiter, Zeitarbeiter, Niedriglohnbereiche, privilegierte Arbeitereliten, Prekarisierung etc.); die Kombination von relativer Autonomie und Flexibilität im Arbeitsprozess mit enormer Selbstausbeutung der Arbeitenden; der neoliberale Umbau des Sozialstaates („Verschlankung des Staates“); die weitgehende (und oft auch bevorzugte) Einbeziehung von ehemaligen Kommunisten, von Sozialdemokraten, anderen linken politischen Gruppen und Grünen als auch von Teilen der Gewerkschaften in die Realisierung von neoliberalen Reformen; die Nutzung moderner Medien, um neoliberale Ansichten und Haltungen in breiten Volksschichten zu verankern (Migranten und Hartz IV- Empfänger als Sozialschmarotzer abstem-peln, Widerstand als Sozialneid verunglimpfen, Verbreitung der Das-Boot-ist voll-Mentalität bei gleichzeitiger Abwerbung ausländischer Spezialisten).

Im Grunde betreffen diese Veränderungen sowohl die ökonomische Basis als auch die „politische Gesellschaft“ und ebenfalls die Zivilgesellschaft. Es ist Mario Candeias voll zuzustimmen, wenn er schreibt: „Die mit all diesen Veränderungen verbundenen Verschiebungen der Kräfteverhältnisse ist die Grundlage für einen gesellschaftlichen Kompromiss der ‚neuen Mitte‘ und der Einbindung ehemals oppositioneller Gruppen. Der geschichtliche Block des Neoliberalismus kann sich trotz seiner anti-sozialen Politik auf aktive und passive Zustimmung stützen, weil er die Interessen subordinierter Gruppen aufnimmt, ihre Ziele allerdings verrückt oder verkehrt.<sup>52</sup> Auch für ihn ist die neoliberale Hegemonie eine „passive Revolution“ in dem von Gramsci umrissenen Sinne. Eine späte Tragik für Gramsci besteht wohl darin, dass gerade seine Partei (die IKP), die er mit seinen Überlegungen zur „passiven Revolution“ vor Illusionen und vor Gefahren der puren Assimilation ins System warnen wollte, gewissermaßen zum Paradebeispiel wurde, wie auf dem Wege der „passiven Revolution“ die größte

---

<sup>52</sup> Ebenda, S. 30.

Oppositionspartei des Westens in der Nachkriegszeit bis fast zur Bedeutungslosigkeit zersplitterte und ihre wesentlichen Restbestände unter neuem Namen sogar führend an der Durchsetzung neoliberaler Reformen und auch an der Militarisierung der Außenpolitik mitwirken.

Obgleich das eigentlich ein eigenes Thema ist, sei an dieser Stelle doch kurz auf eine eigentümliche Tendenz in der Gegenwart hingewiesen. Während fast ein Jahrhundert lang der Begriff der Revolution in der großbürgerlich regierten Welt geradezu wie ein Schimpfwort gehandelt wurde, hagelt neuerdings in der dominierenden Propaganda geradezu eine Inflation von positiv bewerteten „Revolutionen“ auf uns nieder. Nicht nur die Ereignisse in Osteuropa, einschließlich der DDR, mit ihrer Restauration des Kapitalismus, waren „Revolutionen“, sondern nun gibt es auch eine neue Welle von „Revolutionen“ in Libyen, Tunesien, Ägypten, Syrien, der Ukraine... Ihre Gewalttätigkeit, die zum Teil großen Opfer und die oft jeglichem Demokratieverständnis Hohn sprechenden Maßnahmen stören hier offensichtlich wenig. Wohlfeile Schuldige dafür lassen sich in jeder Gewaltspirale leicht finden. Diese „Revolutionen“ haben merkwürdiger Weise nur eines gemeinsam: Sie sind wohl eher dem von Gramsci auch benutzten Begriff „Revolutionen ohne Revolution“ zuzuordnen. Ihrem Ausbruch liegen zwar reale Probleme in den jeweiligen Ländern zugrunde und Auslöser sind häufig Kräfte, die ihr Land voranbringen wollen. Die Ergebnisse sind aber so gut wie überall völlig anders: mit massiver ausländischer Hilfe werden wirkliche oder angebliche Tyrannen gestürzt; neue, den ausländischen Helfern genehmere und bequemere Eliten besetzen die Machtzentralen; nicht selten springen extreme politische und religiöse Kräfte auf die Volksbewegungen auf und erleben eine ungeahnte Aufwertung. Nur an der miserablen Situation der Auslöser der „Revolution“ und breiter Schichten des Volkes ändert sich nichts oder kaum etwas. Es herrschen eben nur neue Eliten, oft genauso korrupt wie die vorigen, nun aber mit Duldung des internationalen Großkapitals.

## Gramscis Schlüsselbegriffe: Zivilgesellschaft (società civile), Hegemonie und historischer Block

Im Zusammenhang mit den Ausführungen zum erweiterten Staatsbegriff bei Gramsci wurde bereits angedeutet, welchen hohen Stellenwert er der Zivilgesellschaft in entwickelten kapitalistischen Staaten mit demokratischer Grundstruktur beimmaß, und für ihn war ein richtiges Verständnis von Zivilgesellschaft auch für revolutionstheoretische Überlegungen relevant. Zu beachten ist jedoch, dass sowohl die Kategorie Zivilgesellschaft als auch diejenige der Hegemonie und des historischen Blockes für Gramsci nicht nur und schon gar nicht in erster Linie Kategorien einer neuen, proletarischen oder sozialistischen Revolutionstheorie waren, sondern allgemeine historische und politische Kategorien, die er aus dem Studium vor allem der italienischen Geschichte gewann. Im Prinzip haben sie aus Gramscis Sicht ihre Gültigkeit in allen modernen Staaten, relativ unabhängig von ihrer unterschiedlichen politischen und organisatorischen Struktur.

In den „Gefängnisheften“ schrieb er hinsichtlich der Zivilgesellschaft:

„Zwischen der ökonomischen Struktur und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Zwang steht die Zivilgesellschaft, und diese muss radikal umgestaltet werden, in concreto und nicht nur auf dem Papier der Gesetze und der Bücher der Wissenschaftler; der Staat ist das Instrument zur Anpassung der Zivilgesellschaft an die ökonomische Struktur, aber es ist nötig, dass der Staat dies tun ‚will‘, dass also die Führung des Staates bei den Vertretern der in der ökonomischen Struktur eingetretenen Veränderung liegt.“<sup>53</sup>

Er hatte ja auch vorher schon geschrieben:

„(...) im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewährte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft (...)“.<sup>54</sup>

Dort im Westen gehörte eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft „zur robusten Kette von Festungen und Kasematten“, die das Fortbestehen des Kapitalismus trotz seiner tiefen Krisen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ermöglicht hatten und künftig einen Bewegungskrieg des revolutionären Proletariats

---

<sup>53</sup> Gef, Heft 10, S. 1267.

<sup>54</sup> Gef, Heft 7, S. 874.

unmöglich machten. Das konnte nur gelingen, weil die Bourgeoisie auch in der Zivilgesellschaft ihre Hegemonie durchgesetzt hatte.

Inhaltlich umfasste die *società civile* im Verständnis Gramscis die Gesamtheit aller „privat“ genannten Organismen bzw. Institutionen wie Schulen, Universitäten, Kirchen, Vereine, Verbände der Wirtschaft, Gewerkschaften, Interessenvertreter der Umweltschützer, Autofahrer, Elternvertreter etc. und besonders auch die Massenmedien mit ihrem Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung. Im Grunde gehört alles, was direkt oder indirekt die öffentliche Meinung beeinflussen kann, zur Zivilgesellschaft.<sup>55</sup> Es handelt sich um „ein dichtes Gewebe von Institutionen (von ‚Hegemonieapparaten‘ wie Gramsci sie nennt), zur ‚gemeinschaftlichen Ausarbeitung‘ des kulturellen und ökonomischen Lebens. In der öffentlichen Auseinandersetzung wird um den Konsens gerungen, was als gesellschaftlich anerkannt Geltung gewinnt. (...) Als ‚öffentlicher Raum‘, als Zivilgesellschaft, sind sie (die privaten Hegemonieapparate – G.P.) der Ort des Kampfes um Hegemonie.“<sup>56</sup>

Gelegentliche kritische Bemerkungen, Gramsci hätte mit seiner übermäßigen Hervorhebung der Zivilgesellschaft der „politischen Gesellschaft“, dem Repressionsapparat, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, sind abwegig. Zum einen stellte er immer wieder die Zusammenhänge bzw. Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie, politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft her<sup>57</sup> und zum anderen ging es ihm ja gerade darum, die bisher vernachlässigte Kategorie Zivilgesellschaft, die Zusammenhänge zwischen Politik und Kultur tiefer auszuloten. Er verwies wiederholt darauf, dass in der Praxis die politische und die zivile Gesellschaft nicht voneinander zu trennen sind und die von ihm genutzte Unterscheidung nur methodologische Bedeutung besitze. Die wohl knappste und treffendste Betonung des Zusammenhangs äußerte er in seiner Formel:

„Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“<sup>58</sup>

„Zivilgesellschaft meint bei Gramsci weder ein Ideal noch eine dem Staat bzw. der politischen Gesellschaft normativ entgegengehaltene Größe.“<sup>59</sup> Er wies auf

---

<sup>55</sup> Siehe: Sabine Kebir, a.a.O., S. 19.

<sup>56</sup> Mario Candeias, a.a.O., S. 22/23.

<sup>57</sup> Siehe u.a.: Gef, Heft 4, S. 498/499.

<sup>58</sup> Gef, Heft 6, S. 783.

<sup>59</sup> Theo Votos, a.a.O., S. 141.

die Hindernisse hin, die die bürgerliche Hegemonie der Arbeiterbewegung entgegen setzte, wies diese aber auch darauf hin, dass in der Zivilgesellschaft der bürgerlichen Demokratien (im Gegensatz zum faschistischen Regime in Italien) zugleich beträchtliche emanzipatorisch und partizipatorisch nutzbare Elemente enthalten seien, die man dem „Klassenfeind“ nicht überlassen dürfe, sondern die man nutzen und ausbauen muss, um die Herzen und Hirne der Menschen zu erreichen. Gramsci begriff also die Zivilgesellschaft als einen ganz wichtigen Ort, wo der Kampf um die Hegemonie ausgefochten werden muss. Hegemonie bedeutete für ihn jedoch nicht, existierende Widersprüche zu vertuschen. Wäre die Herrschaft der Bourgeoisie auf nichts anderem begründet als auf dem politischen Staats- und Zwangsapparat, dann würde eine Art Palastrevolution als Veränderung reichen. Aber da angesichts der Realitäten der revolutionäre Prozess (oder einfach der Prozess wirklich alternativer Reformen) sich auf Langfristigkeit einstellen muss, wird es um so wichtiger, sich auf die Veränderung von Lebenseinstellungen, Verhaltensmustern, Bildungsperspektiven und auf soziale Vernetzungen zu konzentrieren, und die werden in Auseinandersetzungen im Bereich der Zivilgesellschaft entschieden.<sup>60</sup>

Zwischen Gramscis Überlegungen zur Zivilgesellschaft und zur Hegemonie besteht ein enger Zusammenhang. Obgleich er seine Überlegungen aus der Analyse des bürgerlichen Staates gewann, ging es ihm natürlich auch um die Konsequenzen für die Arbeiterbewegung seiner Zeit. Theo Votos trifft aus meiner Sicht den Kern des Zusammenhangs, wenn er betont, Gramsci habe in aller Nüchternheit die Zivilgesellschaft in ihrer geschichtlichen Eingebundenheit analysiert. „Vordringliches Motiv dieser Analyse war nicht die rasante Entfaltung der Zivilgesellschaften in den westeuropäischen Staaten per se, nicht die Etablierung des Parlamentarismus und die Zunahme politischer Freiheiten, sondern (...) die Konsequenzen, die daraus für die sozialen Auseinandersetzungen (insbesondere zwischen Kapital und Arbeit) erwachsen. Gramsci ging es gerade nicht darum zu beschreiben, was die Zivilgesellschaft ist, sondern darum, ihrer neuartigen Rolle im übergeordneten Funktionszusammenhang der Hegemoniebildung habhaft zu werden. Erst im Horizont der Hegemoniefrage kann die volle Bedeutung von Gramscis *società civile* ermessen werden.“<sup>61</sup>

---

<sup>60</sup> Vgl. Hans Heinz Holz: Philosophische Reflexion und politische Strategie bei Antonio Gramsci. In: Hans Heinz Holz/Guiseppa Prestipino, a.a.O., S. 13.

<sup>61</sup> Theo Votos, a.a.O., S. 84.

Die Hegemonie zu erringen war für Gramsci ein Kampf um die geistige, moralische, politisch-ethische und kulturelle Erneuerung der Gesellschaft, um neue gesellschaftliche Ziele, Werthierarchien, Verhaltensnormen, Lebenserwartungen. Hegemoniefähig wird nach Gramsci eine gesellschaftliche Gruppe oder Klasse nur, wenn es ihr gelingt, Bündnisse zu schließen, einen widersprüchlichen „historischen Block“ von Regierenden und Regierten zu schmieden. Bezogen auf die Frage nach der sozialen Basis der proletarischen Diktatur formulierte Gramsci bereits 1926, wenn auch noch stark gebunden in der Begrifflichkeit der Komintern:

„Das Proletariat kann in dem Maße zur führenden und herrschenden Klasse werden, wie es ihm gelingt, ein System von Klassenbündnissen zu schaffen, das ihm gestattet, die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat zu mobilisieren; dies bedeutet in Italien, unter den realen, in Italien bestehenden Klassenverhältnissen, in dem Maße, wie es ihm gelingt, die Zustimmung der breiten bäuerlichen Massen zu erlangen.“<sup>62</sup>

Gramsci schrieb übrigens auch über das Problem der „Hegemoniekrise der führenden Klasse“, über ihre „Autoritätskrise“, die die „Hegemoniekrise oder Krise des Staates in seiner Gesamtheit“ sei.<sup>63</sup> Er sah die Möglichkeit, auch nach der Eroberung der politischen Herrschaft die Hegemonie zu verlieren. Das liest sich wie eine Voraussicht auf den Untergang des „realen Sozialismus“, obgleich Gramsci daran sicher noch nicht gedacht hat.

Gramsci ging in seinen Überlegungen über politische und Zivilgesellschaft, über Herrschaft und Hegemonie sogar soweit, auch für die Arbeiterbewegung eine Konsequenz zu ziehen, die er im bürgerlichen Staat verwirklicht fand:

„Es kann und es muss eine ‚politische Hegemonie‘ auch vor dem Regierungsantritt geben, und man darf nicht nur auf die durch ihn verliehene Macht und die materielle Stärke zählen, um die politische Führung oder Hegemonie auszuüben.“<sup>64</sup>

Das wird allgemein so interpretiert, dass auch die Arbeiterbewegung oder eine irgendwie geartete linke alternative Bewegung zuerst die Hegemonie des Klassegegners in der Zivilgesellschaft überwinden und die eigene Hegemonie dort

---

<sup>62</sup> Antonio Gramsci: Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens. In: Antonio Gramsci-vergessener Humanist?, a.a.O., S. 44/45.

<sup>63</sup> Gef, Heft 13, S. 1578.

<sup>64</sup> Gef, Heft 1, S. 102.

erobern muss, bevor sie auch in der politischen Gesellschaft (im Staatsapparat) ihre Herrschaft und Hegemonie erringen kann und verteidigen bzw. festigen muss. Persönlich habe ich allerdings starke Zweifel, ob Geschichte sich in solchen Stufen und zeitlichen Abfolgen realisieren wird, ob das nicht schon wieder ein neues Schema wäre, nach dem sich die Wirklichkeit zu richten hätte. Gramscis Formulierung „Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ deutet eher darauf, dass Veränderungen in der politischen Gesellschaft und in der Zivilgesellschaft sich wechselseitig positiv oder auch negativ beeinflussen. Es bleibt: Die Gewinnung der Meinungshoheit und einer neuen Lebensweise in der Zivilgesellschaft ist von immenser Bedeutung für jede ernsthafte gesellschaftliche Umwälzung. So gesehen erhalten die gründliche Analyse der Verteidigungsstellungen der alten Ordnung sowie Analyse, Nutzung und Ausbau der emanzipatorischen Möglichkeiten in der Zivilgesellschaft einen hohen Stellenwert.

Hier sollen wieder einige kritische oder auch fragende Anmerkungen zu diesem Problemkomplex aus heutiger Sicht folgen:

- Das Entzücken, die Bedeutung der Zivilgesellschaft entdeckt zu haben, sollte nicht mit der Verbreitung von Illusionen verknüpft werden. Es scheint, zuweilen wurde und wird wohl immer noch die Zivilgesellschaft sowohl in der akademischen Diskussion als auch in den Umwälzungsprozessen in Osteuropa oder Afrika wie eine Wunderwaffe gehandelt. Sie wird verherrlicht, wird pauschal mit positiven Begriffen belegt. Es wird der Eindruck erweckt, mit dem Aufbau oder der Rekonstruktion einer Zivilgesellschaft „ließen sich Freiheit und Demokratie verbürgen, andererseits Machtansprüche des Staates (ernsthaft – G.P.) abwehren und eindämmen“<sup>65</sup> Es kommt zur pauschalen Entgegensetzung vom Staat als Zwangsapparat und der Zivilgesellschaft als Ort von Freiheit und Demokratie.<sup>66</sup> Das ist absolut nicht im Sinne von Gramsci, der immer wieder vom politischen Wirken und Hineinwirken auch der herrschenden Kräfte in die Zivilgesellschaft schrieb. Schließlich gehört das ja zum Wesen der bürgerlichen Hegemonie und ihrer „passiven Revolution“. Schon gar nicht hat Gramsci die Zivilgesellschaft als eine ideologie- und klassenkampffreie Zone begriffen, in der es nur um einen gutwilligen Konsens

---

<sup>65</sup> Theo Votos, a.a.O., S. 22.

<sup>66</sup> Vgl. Anette Emtmann, a.a.O., S. 141.



und einen schönen Einheitsbrei im angeblichen Interesse der Mehrheit gehe. Im Gegenteil, die Zivilgesellschaft war für ihn geradezu ein ganz wichtiger Austragungsort für Interessenkämpfe, wenn auch im Interesse der Stabilität möglichst ohne Gewalt. In den „Gefängnisheften“ äußerte er sich zu diesem Problem näher:

„Die ‚normale‘ Ausübung der Hegemonie auf dem klassisch gewordenen Feld des parlamentarischen Regimes zeichnet sich durch die Kombination von Zwang und Konsens aus, die sich in verschiedener Weise die Waage halten, ohne dass der Zwang zu sehr gegenüber dem Konsens überwiegt, sondern im Gegenteil sogar versucht wird, zu erreichen, dass der Zwang auf den Konsens der Mehrheit gestützt scheint, wie er von den sogenannten Organen der öffentlichen Meinung – Zeitungen und Verbände – ausgedrückt wird, die deshalb in gewissen Situationen künstlich vervielfacht werden.“<sup>67</sup>

Eine ideologiefreie Zone Zivilgesellschaft wird gegenwärtig auch vorgetäuscht, wenn festzustellen ist, dass die herrschenden Medien der Gegenwart immer öfter in jedem Zusammenhang – besonders wenn es um unliebsame Regime in anderen Ländern geht – wirklichen oder vermeintlichen Zwangsregimen pauschal eine scheinbar Gramsci entlehnte „staatsunabhängige Zivilgesellschaft“ entgegensetzen, die für Menschenrechte, Demokratie etc. eintritt. Wer hier genauer hin schaut, wird unter diesen „Staatsunabhängigen“ durchaus ehrenwerte Kräfte entdecken, aber auch vom Ausland finanzierte Regimegegner und zwielichtige selbsternannte Nichtregierungsorganisationen<sup>68</sup>, bewaffnete Provokateure, nationalistische oder religiöse Extremisten, Oligarchen, die an die politische Futterkrippe drängen etc. Die wirklich „staatsunabhängigen Kritiker“, die Widerstand häufig auslösen, bleiben nach ihrem Engagement nicht selten mit leeren Händen am Rande stehen.

- Mir scheint also, ich wiederhole es bewusst, es muss sehr seriös analysiert werden, welche schier unüberwindlichen Hindernisse und welche realen Möglichkeiten in der Zivilgesellschaft eines Staates oder auch einer größeren Region wie der EU bestehen, um ernsthaft alternative Veränderungen der Lebensweise und Kräfteverhältnisse zu bewirken. Wenn

---

<sup>67</sup> Gef, Heft 13, S. 1610.

<sup>68</sup> Um Irrtümer zu vermeiden: Die überwiegende Mehrheit der Nichtregierungsorganisationen (NGO) sind ein wertvoller Bestandteil des kritischen Potenzials der Zivilgesellschaften, sind also hier nicht gemeint.

es denn wahr sein sollte, dass eine Voraussetzung für grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse die Hegemonie (oder wenigstens sich annähernde Hegemonie) der alternativen Kräfte in der Zivilgesellschaft sein soll, so frage ich mich, wo stehen alternative, kapitalismusfeindliche oder auch einfach kapitalismuskritische Kräfte heute? Sind sie der Hegemonie in der Zivilgesellschaft nah oder fern? Ich teile den bei Linken häufig verbreiteten Optimismus in dieser Hinsicht nicht, sondern sehe gerade hierin ein großes Manko.

Es ist wohl richtig, dass das Phänomen der Hegemonie empirisch schwer fassbar ist und es wohl noch präziserer einer begrifflichen Fassung und einer empirischen Operationalisierung heutiger Hegemonieanalysen bedarf (Christoph Scherrer<sup>69</sup>). Eine solche Forschungsarbeit können nur Experten leisten. Wenn ich im Folgenden einige Argumente gegen zu viel Optimismus anführe, so widerspiegeln sie natürlich in erster Linie meinen subjektiven Eindruck. Ich will nur drei Argumente aus wohl vielen noch möglichen zumindest anreißen:

- Linke Kräfte sehen im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Krise des neoliberalen Kapitalismus manchmal bereits ein Zeichen dafür, dass sich die bisher in breiten Teilen der Bevölkerung verankerte aktive Zustimmung zur grundsätzlichen Entwicklungsrichtung der Gesellschaft nach und nach auflöse und die Diskussionen im Alltag, die Deutungskämpfe um die Krise in den Medien, in der Art, wie Kritik in den herrschenden Diskurs aufgenommen wird, all das könnte mit Gramsci als Kämpfe um die Hegemonie begriffen werden. Es zersetze sich sozusagen der „aktive Konsens“, er wandle sich immer mehr zum „passiven Konsens“ des Achselzuckens, der Hinnahme im Alltag.<sup>70</sup> Eine solche Einschätzung erscheint mir zumindest verwegen. Der „passive Konsens“ breiter Wahlenthaltung ist meines Erachtens weniger ein Zeichen der Schwäche, sondern ist eher ein großer Trumpf für die „passive Revolution“ der neoliberalen Bourgeoisie. Und jenes aktive Wahlpotenzial zugunsten der Parteien, die den Neoliberalismus stützen, ist in den meisten Ländern gegenwärtig trotz Krisenerscheinun-

---

<sup>69</sup> Siehe Christoph Scherrer: Hegemonie: empirisch fassbar? In: Andreas Merkmens/Victor Rego Diaz, a.a.O., S. 71ff.

<sup>70</sup> Siehe z.B. Florian Becker, Mario Candeias, Janek Niggemann, Anne Steckner: Gramsci lesen!, neues deutschland, 4.11.2013, S. 10.

gen und trotz aller Kritik in Einzelercheinungen noch politisch übermächtig. Die aktive Einbeziehung von (oft ehemaligen) Kommunisten, Sozialdemokraten, Grünen etc. macht die Aussichten eher noch düsterer, da aktive Bündnisse gegen den neoliberalen Kapitalismus so immer unwahrscheinlicher werden. Höchstens der Druck auf alternative Kräfte und Bewegungen, sich ebenfalls „anzupassen“, wird immer größer.

- Ein zweites Argument: Gramsci maß den Intellektuellen seiner Zeit (besonders in Italien) einen hohen Wert zu bei der Erringung von Hegemonie der Arbeiterbewegung. Wo sind heute die „traditionellen“ und die „organischen“ Intellektuellen“, denen er ein geradezu maßgebliches Engagement im Kampf um die gesellschaftliche Hegemonie und als Vermittler zwischen dem Alltagsverstand und dem kritischem Bewusstsein zumaß? Wo sind die Wissenschaftler, Künstler, Journalisten etc., die dieses Engagement übernehmen? Zum Glück gibt es sie (noch?), und sie sind hochzuschätzen. Aber es ist eine dünne Schicht der Intellektuellen, sodass sie nur ein sehr begrenztes Gehör finden (können), aber keineswegs ist von ihnen eine nachhaltige Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung zu erwarten. Viele Intellektuelle befinden sich entweder im Nischen-Exil, meiden aus unterschiedlichsten Gründen persönlich jedes politische Engagement, die Masse ist aber, angefangen seit ihrer Ausbildung in Schulen, Universitäten bis hin bei ihren beruflichen Tätigkeiten, in einem engen Korsett der Kommerzialisierung ihres Wissens und Engagements befangen.
- Oder nehmen wir als drittes Beispiel noch die grandiosen Möglichkeiten der modernen Technik für Information, Wissenserweiterung, Meinungsbildung etc. Viele Menschen glauben, hier ein Mittel der Zukunft zur Sicherung von Bildung, Kultur für alle, für die Herausbildung einer neuen Lebensweise, ja oft auch geradezu eine Wunderwaffe für die Verbreitung von Demokratie zu erkennen. Mit „Facebook“ lassen sich fast aus dem Stand Massen (für eine Party oder eine irgendwie geartete „Revolution“) mobilisieren! Schließlich ist die Zeit nicht mehr fern, dass fast jeder Erwachsene, aber auch so ziemlich jedes Kind mit Handy, Smartphone, Tablet, iPad etc. versehen sein wird. Der Kom-

merz bietet Immer Neues, eine Sucht wird erzeugt, jeder soll glauben, er benötige unbedingt das neueste Modell. Internet, Fernseh- und Radio-Sender und Presse gibt es in Hülle und Fülle. Eine Vielfalt der Informationsmittel führt jedoch noch lange nicht zu einer kritischen Meinungsvielfalt in der Zivilgesellschaft. Im Gegenteil, die inhaltliche und wertende Gleichschaltung der Kommentare zu grundlegenden politischen Problemen und Ereignissen in allen Massenmedien ist zunehmend so verblüffend, dass die alten Genossen des Politbüros sozialistischen Gedankens mit ihren Zensurversuchen schamrot vor Neid würden. Der Hintergrund für diesen Zustand liegt natürlich darin, dass nur wenige Medien-Monopolisten bestimmen, wie man gefälligst jedes relevante politische Ereignis im In- und Ausland zu sehen hat. Der Bürger und Konsument lernt über die Medien in diesem Mix von wertendem Einheitsbrei und einem Tsunami von Einzelinformationen nicht etwa kritische Kompetenz, sondern er braucht Kompetenz als Voraussetzung, um den Einheitsbrei zu durchschauen und in der Flut von Informationen wertvolle Informationen zu gewinnen. Bringt das den mündigen Bürger, den eine moderne Zivilgesellschaft braucht? Abgesehen von der unglaublichen Verschwendung kostbarer und immer knapper werdenden Rohstoffe: Kommen wir mit diesem Überangebot von technischen Informationsmitteln und zugleich einer gesteuerten Informationswertung einer „kritischen“ Zivilgesellschaft wirklich näher? Oder blockiert dieser Technikwahn eher ihre Ausbildung? Natürlich soll die Notwendigkeit modernster Technik für viele Bereiche der Produktion, der Dienstleistungen, Kommunikation etc. nicht negiert werden. Moderne Maschinenstürmerei soll hier nicht befürwortet werden. Aber wir sollten uns erinnern, dass jede neue Technik auf dieser Erde zu allen Zeiten mindestens zwei Seiten hatte. Technischer Fortschritt konnte stets zum Wohle, leider aber meist auch zugleich zum Schaden der Menschen beitragen. Schwarzmalerei? Das Übel fängt im Kleinen an. Wir sollten zum Beispiel eine bedenkliche Grundtendenz zur Kenntnis nehmen: Immer mehr Jugendliche leben in einem immer größeren Teil ihrer Freizeit faktisch in einer virtuellen Parallelwelt mit virtuellen Freunden, virtuellen Gesprächspartnern, virtuellen Spielgefährten. Sie verlieren in diesen zynisch auch noch „sozial“ genannten Netzwerken immer mehr die soziale

Kompetenz, mit ihrem Nachbarn, Mitschüler, selbst mit dem Partner oder der Partnerin in der Realität zu kommunizieren. Es stellt sich angesichts solcher Situation (wenn man überhaupt gewillt ist, sie zur Kenntnis zu nehmen) die Frage, wer hat da die größeren Chancen, die Hegemonie in der künftigen Zivilgesellschaft zu erringen: die gesellschaftskritische soziale Kompetenz oder die pure Ablenkung, Manipulation und Fernsteuerung?

### Gramscis Überlegungen zum Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen

Gramsci stand insofern in der Tradition von Lenin und der Komintern, als es ihm um die Verwirklichung der Hegemonie der Arbeiterklasse unter Führung einer kommunistischen Partei ging, wobei die Errichtung, Ausübung und Verteidigung der politischen Macht der Arbeiterklasse in einem breiten Bündnis der Werktätigen, von einem kollektiven Akteur, dem „historischen Block“, erkämpft werden sollte. Das so zu formulieren ist zwar korrekt, zugleich wird es dem differenzierten Denken Gramscis nicht gerecht.

Das beginnt bereits mit der Bestimmung der „Arbeiterklasse“ als Subjekt der Veränderung. Auch wenn Gramsci wie alle Marxisten jener Zeit an die „historische Mission der Arbeiterklasse“ glaubte, wandte er sich in der Auseinandersetzung mit Bucharin doch gegen die Gefahr einer Mystifizierung der Arbeiterklasse:

„Könnte man nicht in der Auffassung von ‚historischer Mission‘ eine teleologische Wurzel entdecken? Und in der Tat nimmt sie in vielen Fällen eine mehrdeutige und mystische Bedeutung an. Aber in anderen Fällen hat sie eine Bedeutung, die nach Kants Teleologiebegriff von der Philosophie der Praxis vertreten und gerechtfertigt werden kann.“<sup>71</sup>

Auffällig ist, dass Gramsci in seinen „Gefängnisheften“ die Begriffe „Diktatur des Proletariats“, ja selbst „Arbeiterklasse“ bzw. „Proletariat“ kaum noch verwendet, sondern sie ersetzt durch die „Subalternen“, die in der bürgerlichen Gesellschaft nach Hegemonie streben. Zwar erwies sich das großbetriebliche Industrieproletariat in den Kämpfen zu Gramscis Zeit mit seinem Organisati-

---

<sup>71</sup> Gef, Heft 11, S. 1421.

onsgrad und seiner Interessenlage als revolutionäres Subjekt, aber dem Proletariat in seiner Gesamtheit eine solche Zielgerichtetheit hinsichtlich einer historischen Mission zuzuschreiben, erschien ihm wohl doch als Mystifizierung. Generell betrachtete er politische Parteien als „Nomenklaturen“ einer bestimmten Klasse, die Kommunistische Partei also als Nomenklatur der Arbeiterklasse, aber er sah durchaus bereits die unterschiedlichen Strömungen auch in der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung, deren unterschiedliche Interessenlage er bereits in Rechnung stellen musste.

Umso komplizierter erweist sich die Frage nach dem Klassen-Subjekt heutiger Kämpfe. Sabine Kebir schrieb im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen des Jahres 1968: „Dass die Arbeiterklasse nicht die linear anwachsende revolutionäre Avantgarderolle spielte, die ihr die Klassiker zugeschrieben hatte, war eine ins Auge springende Tatsache.“<sup>72</sup> Angesichts der enormen Modifizierung und Differenzierung der sozialen Strukturen ist wohl die Rolle der Partei als Nomenklatur einer Klasse so nicht aufrecht zu erhalten. Die heutige Arbeiterklasse bzw. die heutigen Lohnabhängigen sind in grandioser Weise ausdifferenziert, die Interessenlagen sind häufig unterschiedlich bis gegensätzlich. Andererseits werden immer neue Schichten (z. B. Angestellte, Intelligenz) einer Proletarisierung ausgesetzt, das heißt, ihre Lage wird zunehmend derjenigen der Arbeiter angeglichen. Zugleich entsteht in bestimmten Bereichen der Arbeitswelt eine nicht unbeträchtliche Schicht von privilegierten „Arbeiteraristokraten“, die sich voll ins kapitalistische System integriert hat. Geht man zudem davon aus, welche wichtigen Probleme heute zu lösen sind, so betreffen diese Bevölkerungsschichten weit über die traditionelle Arbeiterklasse hinaus. Angesichts solcher hier nur angerissenen widersprüchlichen Entwicklungen ist es durchaus nicht abwegig, die noch gängige Vorstellung von *einem* „revolutionären Subjekt“ Arbeiterklasse zu revidieren und weitaus breitere Schichten der Bevölkerung als zu gewinnende und handelnde Subjekte anzusehen und nicht nur als potenzielle oder partielle Bündnispartner. Auch die soziale Struktur heutiger linker Parteien entspricht nicht mehr der Nomenklatur einer Klasse, sie sind eher, um den Begriff Gramscis zu verwenden, Repräsentanten der heterogenen „Subalternen“. So weit ging Gramsci in seiner Zeit noch nicht, aber in der Logik seines Denkens liegen solche Überlegungen. Umso irreführender ist es, wenn manche Linkskräfte sich immer noch mit der antiquierten Losung „Prole-

---

<sup>72</sup> Sabine Kebir, a.a.O., S. 190.

tarische Revolution!“ auf den Lippen an die Öffentlichkeit wenden. Wer fühlt sich da angesprochen? Kampf um grundlegende Veränderungen in der Gegenwart ist keineswegs nur (oder vielleicht nicht einmal vorrangig) eine Sache des traditionellen Industrieproletariats.

In Übereinstimmung mit seinem Hegemonie-Verständnis befürwortete Gramsci in seiner Zeit die führende Rolle der (kommunistischen) Partei. Im Prinzip stimmte er Lenins Meinung zu, dass die Gewinnung der Hegemonie, die Eroberung der Macht und deren Organisation ohne die Führung der Partei nicht möglich seien. Aber seine konkreten Überlegungen zur Partei unterschieden sich doch beträchtlich von denen der Komintern und erst recht von dem von Stalin durchgepeitschten Parteiverständnis, das die Partei als reines Macht- und Kampfinstrument zur Eroberung der Macht instrumentalisierte. Bereits 1926 formulierte Gramsci sein davon abweichendes Verständnis:

„Das Prinzip, demzufolge die Partei der Arbeiterklasse führt, darf nicht in mechanischer Weise interpretiert werden. Man soll nicht glauben, dass die Partei der Arbeiterklasse durch einen von außen kommenden autoritären Anspruch führen könne; sie ist weder für die Zeit, die der Machtergreifung vorausgeht, noch für die Zeit, die ihr folgt richtig (...) Wir behaupten, dass die Fähigkeit zur Führung der Klasse sich nicht aus der Tatsache ergibt, dass sich die Partei als revolutionäres Organ der Klasse ‚proklamiert‘, sondern aus der Tatsache, dass es ihr ‚effektiv‘ gelingt als Teil der Arbeiterklasse sich mit allen Sektionen dieser Klasse zu verbinden und den Massen eine Bewegung in der von den objektiven Bedingungen hervorgerufenen und begünstigten Richtung zu geben.“<sup>73</sup>

Hinsichtlich der inneren Parteistruktur unterschied er zwischen „organischem, demokratischem Zentralismus“ und „bürokratischem Zentralismus“, wobei er energisch für den demokratischen Zentralismus eintrat. Bei der Entwicklung von Parteien müsse man unterscheiden zwischen der gesellschaftlichen Gruppe, der Parteimasse; der Bürokratie und dem Generalstab der Partei (Führung).

„Die Bürokratie ist die gefährlichste Routine- und Beharrungsmacht; wenn sie schließlich eine solidarische Körperschaft bildet, die für sich steht und sich von der Masse unabhängig fühlt, wird die Partei schließlich anachronistisch, und in den Augen akuter Krise wird sie ihres gesellschaftlichen Inhalts entleert und schwebt gleichsam in der Luft.“<sup>74</sup>

---

<sup>73</sup> Zitiert nach: Harald Neubert: Linie Gramsci ..., a.a.O., S. 37.

<sup>74</sup> Gef, Heft 13, S. 1579.

Er plädierte für den demokratischen Zentralismus, „der sozusagen ein ‚Zentralismus in Bewegung‘ ist, das heißt eine ständige Anpassung der Organisation an die wirkliche historische Bewegung (...) In den Staaten zeigt der bürokratische Zentralismus an, dass sich eine beschränkte privilegierte Gruppe herausgebildet hat, die danach trachtet, ihre Privilegien zu verewigen, indem sie die Entstehung von Gegenkräften an der Basis reguliert und sogar erstickt, auch wenn diese Kräfte interessengleich mit den herrschenden Interessen sind (...) In den Parteien, die gesellschaftlich subalterne Gruppen vertreten, stellt das Element der Stabilität die organische Notwendigkeit dar, die Hegemonie nicht für privilegierte Gruppen zu sichern: sondern für die fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte (...) Der demokratische Zentralismus ist eine elastische Formel, die sich für viele ‚Verkörperungen‘ anbietet; sie lebt, weil sie ständig interpretiert und ständig den Erfordernissen angepasst wird...“<sup>75</sup>

Diese vernichtende Einschätzung des bürokratischen Zentralismus klingt, als wenn er den Zentralismus in den Ländern des „realen Sozialismus“ späterer Zeit meint, der paradoxer Weise auch noch unter dem Tarnnamen „demokratischer Zentralismus“ firmierte.

Gramscis Parteienverständnis lief darauf hinaus, die Partei zur führenden, hegemoniefähigen Kraft in der revolutionären Massenbewegung zu machen, sie sollte Teil der Klasse und Masse sein, aber nicht eine elitäre, übergeordnete Organisation.<sup>76</sup> Er war durchaus für eine Einheit innerhalb der Partei, aber nicht für eine erzwungene. Am 18. März 1923 schrieb er angesichts der Fraktionskämpfe in der KPI als Vertreter der Partei in der Komintern:

„Man muss im Innern der Partei einen Kern von Genossen schaffen, die keine Fraktion darstellen, die ein Maximum an ideologischer Homogenität besitzen und so in der Lage sind, der praktischen Aktion ein Maximum an Einheitlichkeit der Führung zu geben.“<sup>77</sup>

In einem Brief vom 9. Februar aus Wien an Togliatti und Terracini offenbarte er sein kritisches Parteienverständnis angesichts des damaligen Zustandes der KPI:

„Der Fehler der Partei besteht darin, in den Vordergrund und in abstrakter Weise das Problem der Organisation der Partei gestellt zu haben, woraus sich dann ein Apparat von Funktionären herausbildete, die sich gegenüber der offiziellen Linie orthodox verhalten. Man glaubte und glaubt noch immer, dass die Revolution allein von der Existenz eines solchen Apparates abhängt, und man endet schließlich im Glauben, dass dessen Existenz die Revolution hervorbringt. (...) Die Partei ist nicht konzipiert

---

<sup>75</sup> Gef, Heft 9, S. 1125.

<sup>76</sup> Vgl. Vorwort von Harald Neubert in: Antonio Gramsci – vergessener Humanist? A.a.O., S. 16.

<sup>77</sup> Zitiert nach: Harald Neubert: Zum Parteikonzept Antonio Gramscis. In: Uwe Hirschfeld: Gramsci-Perspektiven. Argument-Sonderband Neue Folge 15256, 1998, S. 109.



als das Ergebnis eines dialektischen Prozesses, in dem sich die spontane Bewegung der revolutionären Massen und der organisierende und führende Willen des Zentrums vereinen...“<sup>78</sup>

Gramsci wollte in der Partei eine Einheit auf der Basis eines erarbeiteten Konsens; unterschiedliche Meinungen bzw. verschiedene Antworten auf dieselbe Frage waren in seiner Sicht nicht unbedingt spaltende und zu bekämpfenden Erscheinungen, sondern auch Ausdruck dafür, dass es für das entsprechende Problem noch keine befriedigende Antwort gab, dass die Prozesse noch im Fluss waren und der Meinungs austausch und -streit sogar erforderlich waren. Das war nicht mehr jenes Verständnis von der Partei als „Avantgarde“, die in allem Recht hat und in der die Mitgliedschaft willig den „weisen“ Vorgaben der Führung zu folgen hat.

Interessant aus heutiger Sicht ist auch Gramscis Auffassung zum Verhältnis von Partei und sogenannten „spontanen“ Bewegungen. Er warnte, diese

„zu vernachlässigen oder schlimmer, sie geringzuschätzen, d.h. darauf zu verzichten, ihnen eine bewusste Führung zu geben, sie auf eine höhere Stufe zu heben, indem man sie in die Politik eingliedert, kann oft sehr ernsthafte und schwerwiegende Folgen haben.“<sup>79</sup>

Dabei dachte er vor allem daran, dass eine spontane Bewegung der subalternen Klassen oft in Verbindung mit einer reaktionären Bewegung der Rechten (Faschisten, Rechtsextremisten) auftritt. Ausdrücklich warnte er vor einer Unterschätzung sozialer spontaner Bewegungen:

„Die scholastische und akademische historisch-politische Auffassung, wonach nur jene Bewegung wirklich und würdig ist, die zu hundert Prozent bewusst ist, ja die durch einen im Voraus bis ins kleinste ausgearbeiteten Plan bestimmt ist oder die (was dasselbe ist), der abstrakten Theorie entspricht. Aber die Wirklichkeit ist voll der wunderlichsten Verbindungen, und es ist am Theoretiker, in diesen Wunderlichkeiten die Probe auf seine Theorie zu machen, die Elemente des geschichtlichen Lebens in theoretische Sprache zu ‚übersetzen‘, und nicht umgekehrt sich die Wirklichkeit nach dem abstrakten Schema darzustellen. Das wird es nie geben, und daher ist jene Auffassung nichts als ein Ausdruck von Passivität.“<sup>80</sup>

---

<sup>78</sup> Zitiert nach: Ebenda, S. 110.

<sup>79</sup> Gef, Heft 3, S. 372.

<sup>80</sup> Ebenda, S. 373.

Angesichts dessen, dass es heute illusorisch geworden ist, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend ausgehend von einem „hegemonialen Zentrum“ steuern oder leiten zu können, sei es nun eine kommunistische, linke oder anders benannte Partei, ist diese Wertschätzung von sozialen Bewegungen (Friedensbewegung, Frauenbewegung, Umweltschutzbewegung, Dritte-Welt-Bewegungen etc.) und die Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Beachtung ihrer Autonomie heute von qualitativ neuem Gewicht. Deshalb bedarf es „in der Gegenwart einer komplexeren Vorgehensweise, einer stärkeren Betonung der Subjektrolle verschiedener revolutionärer Kräfte“<sup>81</sup>. (Wer sich am Attribut „revolutionärer“ stößt, möge es ruhig durch „alternativer“ ersetzen.)

Unter diesem Gesichtspunkt eines Verständnisses von einem erweiterten alternativen Subjekt sind vor allem auch Gramscis Überlegungen zur Schaffung eines neuen „historischen Blockes“ und zu seinem bereits mit der Hegemoniefrage eng verbundenen und oben bereits erwähnten „System von Klassenbündnissen“ näher zu beleuchten. „Den ‚historischen Block‘ begriff Gramsci als System von Bündnissen der jeweils herrschenden Klasse, um ihre *Führungsrolle* (in politisch-ideologischer und organisatorischer Hinsicht) und ihre *Machtausübung* (in staatlicher Hinsicht) zu gewährleisten. Der neue historische Block, für den er kämpfte, war demnach die Verwirklichung der Hegemonie der Arbeiterklasse zum Zwecke der Errichtung, Ausübung und Verteidigung der politischen Macht der Arbeiterklasse in einem breiten Bündnis der Werktätigen“.<sup>82</sup>

Das Problem der Schaffung von breiten Bündnissen zur Überwindung des Kapitalismus war nicht neu, das beschäftigte auch Marx, Engels, Lenin und viele Marxisten. In ihrem Blick handelte es sich jedoch mehr um ein *taktisches Bündnis* zur Erreichung konkreter politischer Ziele. Es ging um Beziehungen und Kompromisse mit *Fremden* (außerhalb des revolutionären Proletariats). Bei Lenin wurde der Kompromiss über die engen Klasseninteressen hinaus auch ein Instrument zur Vermeidung eines größeren Übels (Brester Frieden, NÖP). Dieses taktische, nur auf zeitweilige, kurz- oder mittelfristige Ziele gerichtete Bündnisverständnis ist in der Arbeiterbewegung und darüber hinaus immer wieder auf Misstrauen gestoßen, Kommunisten hatten hier in der Vergangen-

---

<sup>81</sup> Detlev Albers, a.a.O., S. 158.

<sup>82</sup> Harald Neubert: Die historische Bedeutung Gramscis für die internationale Arbeiterbewegung. In: Hans Heinz Holz/Hans Jörg Sandkühler, a.a.O., S. 134/135.

heit immer ein Ehrlichkeitsproblem. Gramsci ging über diese herkömmliche Bündnispolitik hinaus, die nur auf kurz- und mittelfristige Ziele gerichtet war oder zumindest stark den Eindruck erweckte. Für ihn ging es um ein *strategisches Bündnis* verschiedener Strömungen in der Arbeiterbewegung und mit anderen Subalternen (Bauern, Intellektuelle, Mittelschichten) im Kampf für die Überwindung des Kapitalismus. Das wird deutlich in seiner Haltung zu Kompromissen und zu den unterschiedlichen Interessen der Bündnispartner. Er teilte nicht die in der kommunistischen Bewegung verbreitete Abneigung gegen Kompromisse:

„Zwei ‚ähnliche‘ Kräfte können in einem neuen Organismus nur über eine Reihe von Kompromissen miteinander verschmelzen, oder aber durch Waffengewalt; indem sie sich auf einer Ebene der Gleichheit miteinander verbünden oder indem eine Kraft sich die andere durch Zwang unterordnet. Wenn die Einheit der beiden Kräfte nötig ist, um eine dritte Kraft zu besiegen, ist der Rückgriff auf den Zwang (vorausgesetzt, man verfügt darüber) offensichtlich eine rein methodologische Hypothese, und die einzige konkrete Möglichkeit ist ein Kompromiss.“<sup>83</sup>

Im Übrigen benutzte Gramsci den Begriff „Kompromiss“ nicht nur in der Beziehung zur „fremden“ Klasse oder Partei, sondern auch für die Beziehungen innerhalb der eigenen Bewegung, Gruppe oder Klasse.<sup>84</sup>

Eine große Schwäche innerhalb der kommunistischen, sozialistischen oder linken Bewegungen besteht bis heute darin, dass sie kein schlüssiges Verständnis für „zulässige“ bzw. „unzulässige“ Kompromisse in Bündnissen haben. Gramsci gab hier auch nur allgemeine Hinweise, die aber meines Erachtens nie wirklich aufgegriffen und entsprechend der veränderten Situation vertieft wurden. In den 30er Jahren präziserte er das Problem der Hegemonie, aber auch des Bündnisses generell, das heißt sowohl bezüglich bürgerlicher als auch proletarischer Hegemonie (Hegemonie der Subalternen):

„Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, dass den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, dass sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet, dass also die führende Gruppe Opfer korporativ-ökonomischer Art bringt, aber es besteht auch kein Zweifel, dass solche Opfer und ein solcher Kompromiss nicht das Wesentliche betreffen können, denn wenn die Hegemonie politisch-ethisch ist, dann kann sie nicht umhin, ihre materielle Grundlage in der entscheidenden Funktion zu

---

<sup>83</sup> Gef, Heft 9, S. 1107.

<sup>84</sup> Siehe: Boris Kagarlitzkij: Kompromiss. In: Uwe Hirschfeld, a.a.O., S. 131.

haben, welche die führende Gruppe im entscheidenden Kernbereich der ökonomischen Aktivität ausübt.“<sup>85</sup>

Das bedeutet wohl im Klartext: Nicht die Interessen einer Partei oder einer Gruppe eines Bündnisses dürfen dominierend durchgesetzt werden, sondern den unterschiedlichen, sehr differenzierten Interessen aller Beteiligten an einem Bündnis ist größte Aufmerksamkeit und Realisierungsmöglichkeit einzuräumen. Was das heute für alternative Parteien und Bewegungen bedeutet, dürfte wohl nach wie vor wenig ausgelotet sein. Andererseits dürfte die Tatsache, dass die grundlegenden Probleme unserer Zeit immer weniger nur enge Klasseninteressen berühren, sondern viel stärker zu Menschheitsproblemen geworden sind, das Finden gemeinsamer Interessen leichter machen, vorausgesetzt, klassenmäßige und weltanschauliche Egoismen können zurückgedrängt werden. Ob oder welche „Opfer“ vonseiten linker, alternativer Kräfte heute in einem breiten Bündnis erforderlich sind, und worin gegebenenfalls dieses begrenzende „Wesentliche“ heute besteht, das ist wohl eine offene, schwer rein theoretisch zu beantwortende Frage.

---

<sup>85</sup> Gef, Heft 13, S. 1567.

## C Anregungen zum Weiterdenken

Die obigen Ausführungen haben wohl deutlich gemacht, dass Antonio Gramsci nicht als Heilsbringer angesehen werden kann, der uns Antworten darauf gibt, wie unter heutigen Bedingungen eine Strategie für alternative linke Kräfte aussehen könnte. Eine Aktualisierung in dem Sinne, dass seine Auffassungen schematisch auf die heutigen Verhältnisse übertragen werden könnten, verbietet sich. Und das nicht nur, weil Gramsci angesichts seiner kurzen Lebenszeit nicht mehr die Möglichkeit hatte, sein Konzept zu vertiefen.

Aus den obigen Darlegungen wird jedoch deutlich, dass sein Denken vieles enthielt, was es uns zum einen erleichtert, vergangene Prozesse und auch Fehler linker Bewegungen besser zu verstehen und zum anderen enthält es Aspekte, die für moderne Gesellschaften universellen Wert haben, also auch in künftigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen Beachtung finden sollten. Das betrifft insbesondere

- die Langfristigkeit des „Stellungskrieges“, der bis heute angesichts der Weltentwicklung mit hoher Wahrscheinlichkeit der einzige Weg ist, um alternative Veränderungen einzuleiten,
- die Erweiterung des marxistischen Staatsbegriffes, insbesondere durch die Analyse der Zivilgesellschaft und deren Aufwertung auch für emanzipatorische Bewegungen,
- die Ablehnung jedes Dogmas, jedes schematischen theoretischen Korsetts, nach dem sich die Wirklichkeit zu richten hätte; im Gegensatz dazu ein Herangehen, sowohl Politik als auch Theorie als Lernprozess zu begreifen, ausgehend von der sorgfältigen Analyse der jeweiligen konkreten Bedingungen,
- die Kritik am Geschichtsdeterminismus (sowohl Kritik an Theorien über ein automatisches Zusammenbrechen des Kapitalismus als auch Kritik an einem fast religiösen Glauben an die gesetzmäßige Sieghaftigkeit des Sozialismus/Kommunismus) und die Aufwertung des subjektiven Faktors in der marxistischen Geschichtskonzeption,
- die Betonung des Zusammenhangs von demokratischer Konstitution der Gesellschaft und von Chancen zu ihrer Veränderung,

- vielfältige Überlegungen zu Aspekten, die bis heute im Kampf alternativer Kräfte und Bewegungen zu beachten sind (Auffassungen über eine moderne linke Partei, über Hegemoniefähigkeit in der Gesellschaft, über einen historischen Block und strategische Bündnisse mit Konsensfähigkeit und strikter Beachtung der vielfältigen Interessen).

Darüber hinaus vermitteln die Texte von Gramsci aber eben doch auch vielfältige Anregungen zum Weiterdenken über den Problemkomplex, wie denn nun die Strategien linker alternativer Kräfte unter heutigen Bedingungen aussehen könnten. In meinen Ausführungen habe ich wiederholt aus meiner Sicht aktuelle Bezüge eingeflochten. Allerdings wird niemand von mir erwarten, dass ich hier zu „gültigen“ strategischen Schlussfolgerungen komme, zu denen das gesamte linke alternative Spektrum bisher nicht in der Lage ist. Dazu sind auch die Anregungen von Gramsci bei weitem nicht ausreichend. Abschließend möchte ich mich – mehr fragend – nur einer, aber eigentlich zentralen Frage künftiger alternativer Strategie zuwenden:

Welche Zielstellung wäre heute für eine linke alternative Bewegung realistisch? Ist es das Ziel der „proletarischen Revolution“, die Gramsci ja, wenn auch langfristig, anstrebte? Ist das traditionelle marxistische Geschichtsbild, nach dem alles auf das letztliche Ziel der menschlichen Gesellschaft, also den Sozialismus/Kommunismus in irgendeiner Form ausgerichtet sein muss, der Leitgedanke für heutige Kämpfe? Oder ist ein solches Herangehen nicht eher eine Ablenkung von den wirklich in der Gegenwart anstehenden Aufgaben, wirkt also in der realen Bewegung eher demobilisierend, engt sie ein? So ziemlich fest steht: In absehbarer Zeit ist kaum mit der Formierung eines mehrheits- und hegemoniefähigen Blocks für die Realisierung von Sozialismus/Kommunismus (gleich mit welchen konkreten Inhalten) zu rechnen. Zugleich wird immer deutlicher, dass der gegenwärtige neoliberale und finanzmarktgetriebene Kapitalismus die Lösung zentraler Menschheitsprobleme blockiert.

Holen wir uns ein letztes Mal Rat bei Gramsci. In der Auseinandersetzung mit Bernstein stellte er die Frage:

„Ist es möglich eine Bewegung lebendig und wirksam zu erhalten ohne die Perspektive unmittelbarer und mittelbarer Ziele? (...) Ohne die vorgehende Perspektive konkreter Ziele kann es überhaupt keine Bewegung geben.“<sup>86</sup>

---

<sup>86</sup> Zitiert nach: Hans Heinz Holz/Hans Jörg Sandkühler: Gramsci-Debatte und Politik der demokratischen Wende. In: Dieselben: Betr.: Gramsci, a.a.O., S.23.

Er sprach hier nicht vom Endziel der Arbeiterbewegung, sondern wohl bewusst von unmittelbaren und mittelbaren Zielen, die mobilisierend wirken. Welche sind das bzw. könnten das heute sein? Wenn man nicht linksradikalen Illusionen hinterherjagt, bleibt wohl nur eine Antwort: Die gegenwärtig hegemoniale neoliberale Variante des Kapitalismus ist das größte Hemmnis für die Lösung aller drängenden Gegenwarts- und Zukunftsprobleme, demokratischere Varianten des Kapitalismus zu erkämpfen wäre ein Schritt nach vorne. Michael Brie und Dieter Klein haben hierzu meines Erachtens einen diskussionswürdigen Vorschlag unter dem Begriff der „doppelten Transformation“ vorgelegt. Sie schreiben: „Angesichts der Machtfülle der herrschenden Eliten, der Schwäche der Linken, der Größe und Kompliziertheit der aufgestauten Probleme und der tiefen Verankerung bürgerlicher Denkweisen und Maßstäbe in der Mentalität der Bevölkerungsmehrheit wäre diese progressive postliberale Transformation ein Fortschritt.“ Ihr Begriff der doppelten Transformation „verbindet die Umgestaltung im Kapitalismus mit der Umgestaltung über den Kapitalismus hinaus, die in der Gestalt sehr konkreter Projekte und mit der Fähigkeit, sich dabei auf langfristige Prozesse einzulassen.“ Aus der Sicht der Linkspartei erklären sie: „Eine solche systeminterne progressive Transformation wird eine gravierende Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links voraussetzen und fordert der Linken viel ab. Die Linkspartei würde mit einer solchen strategischen Selbstverortung auch für progressive demokratische Kräfte, die vor allem Verbesserungen im Rahmen des Kapitalismus erstreben, als verlässlicher Bündnispartner erkennbar werden. Zugleich aber kann und muss die LINKE mehr sein, sonst wäre sie nicht links und sozialistisch.“ Es geht den Autoren um die Verknüpfung von machbaren Reformschritten mit weiterreichenden Transformationsprozessen. „Nicht herkömmliche Reform allein, nicht revolutionärer Bruch allein, sondern doppelte Transformation als ein „Aufheben“ der Stärken von beiden und als Abschied von ihren Begrenzungen – das könnte eine konzeptionelle Grundlage langfristiger Strategie der gesellschaftlichen Linken und nicht zuletzt der Linkspartei sein.“<sup>87</sup>

Ich habe das hier breiter zitiert, weil ich meine, dass in dieser Konzeption nicht nur vieles diskussionswürdig ist, sondern auch deshalb, weil solche Überlegungen durchaus in der Logik von Antonio Gramscis Denken stehen. Trotzdem

---

<sup>87</sup> Michael Brie/Dieter Klein: Das Richtige und das Notwendige. In: neues deutschland, 30.12.2013, S. 16.

möchte ich in diesem Zusammenhang auf einige Probleme und Fragen hinweisen:

- Welche Chancen bestehen bzw. welche Wege sind zu beschreiten, um die zerstrittene und untereinander traditionell sehr intolerante „plurale Linke“ auf eine so komplizierte Strategie einzuschwören?
- Diese Strategie balanciert auf einem schmalen Grad zwischen progressiven, alternativen Reformen im Kapitalismus und dem Abgleiten in die „passive Revolution“, d.h. es besteht ständig die Gefahr, dass die Beherrschten eher ins bestehende System integriert werden als dass ihre Selbständigkeit und alternative Kraft gefördert wird. Patentrezepte wird es nicht geben, aber welche Möglichkeiten gibt es, dem Abgleiten in die „passive Revolution“ effektiv zu begegnen?
- Für solche systemimmanenten und zugleich systemübergreifenden Reformen in der ganzen angedeuteten Breite (sozial, politisch, ökologisch, feministisch, antimilitaristisch etc.) wird es sehr schwer sein, die erforderlichen Massenmobilisierungen zu erreichen, die auch die Kräfteverhältnisse real verändern. Müsste nicht ein mobilisierender Schlüsselbereich im Zentrum der Strategie stehen? Welcher könnte das sein? Sollte das nicht das Feld der dauerhaften Gewährleistung des Friedens auf diesem Erdball sein, die Umkehrung des Trends zur Aufrüstung und Ausweitung internationaler militärischer „Sicherheitssysteme“, zum Interventionismus durch die mächtigsten Staaten? Geht diese Entwicklung so weiter wie bisher und verstetigt sie sich, dann wird es möglich, dass nicht nur die materiellen Ressourcen zur Lösung aller Weltprobleme verschleudert werden, sondern dass die äußere und innere Militarisierung dazu führt, dass nicht nur linke und sozialistische Bewegungen keine Realisierungschancen haben, sondern die Gefahr droht, dass alle den Mächtigen dieser Welt unbequemen Kräfte und Bewegungen bereits im Frühstadium ihrer Entwicklung ausgeschaltet werden. Hier handelt es sich um Gefahren nicht nur für die Arbeiterklasse oder Linke, sondern für die ganze Menschheit. Ich höre schon das Argument: Dafür lassen sich die Massen nicht mobilisieren (solange nicht das eigene Haus brennt)! Wichtiger wäre die Überlegung, wie in diesem Bereich die Bemühungen unterschiedlicher Kräfte am wirksamsten gebündelt werden können und wie auch in den europäischen Institutionen für solche Strukturen gewirkt werden kann, die zukunftsgerichten friedenspolitischen Ansprüchen genügen und



Europa nicht immer mehr in den Strudel eines neuen kalten oder sogar heißen Krieges reißen.

- Das wohl größte Problem bei jeder Art des Versuchs einer postliberalen Transformation ist der bereits heute erreichte Stand der Globalisierung. Das neoliberale Lager hat ein fest gefügtes internationales Netzwerk zur Durchsetzung seiner Interessen geschaffen, während linke oder selbst bürgerlich-demokratische Kräfte in ihren internationalen Strukturen weit hinterherhinken. Eine postliberale Transformation lässt sich heute und künftig mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr in den Dimensionen einer Nation, wahrscheinlich nicht einmal mehr allein im europäischen Rahmen, realisieren. Es ist schwer vorstellbar, dass neoliberale internationale Gegenaktionen nur mit einer traditionellen nationalen Außenpolitik abgeblockt werden könnten. Bündnisse für Transformationen müssten international sein, selbst wenn Auslösungsprozesse auch von nationalem Terrain ausgehen könnten. Wie damit umzugehen ist, hierfür gibt es auch bei Gramsci keine Anregungen. Obgleich er natürlich bereits internationale Dimensionen des Kampfes um revolutionäre Veränderungen sah, blieben seine Überlegungen angesichts des damaligen Entwicklungsstandes weitgehend auf dem Niveau internationaler Solidarität. Das wird nicht mehr reichen.

März 2014

## Auswahl deutschsprachiger Literatur

(Nur Bücher bzw. Broschüren)

### Primärliteratur

Antonio Gramsci – vergessener Humanist? Eine Anthologie, Dietz Verlag Berlin, 1991.

Antonio Gramsci: Gedanken zur Kultur, Röderberg, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987.

Briefe 1908-1926. Eine Auswahl, hrsg. von Antonio A. Santucci, übersetzt von Klaus Bochmann, Wien/Zürich 1992.

Briefe aus dem Kerker, Berlin 1956.

Die süditalienische Frage. Beiträge zur Geschichte der Einigung Süditaliens, Berlin 1955.

Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg 1991-2002.

Marxismus und Kultur. Ideologie, Alltag, Literatur, hrsg. und übersetzt von Sabine Kebir, Hamburg 1983.

Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, hrsg. und übersetzt von Christian Reichers, mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Frankfurt a.M. 1967.

Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, hrsg. von Guido Zamis, Leipzig/Frankfurt a.M. 1980.

### Sekundärliteratur

- |                                      |   |
|--------------------------------------|---|
|                                      | Antonio Gramsci. Revolutionär und Internationalist, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Internationale Arbeiterbewegung, Dietz Verlag Berlin 1978. |
| Albers, Detlev                       | Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci. Zur politischen Theorie des Marxismus, Argument-Verlag, Berlin 1983.   |
| Anderson, Perry                      | Antonio Gramsci. Eine kritische Würdigung, Verlag Olle und Wolter, Berlin 1979.   |
| Barotta, Giorgio                     | Das dialogische Denken Antonio Gramscis, Peter Lang, Frankfurt a.M. u.a. 2003.  |
| Becker, Florian/Candeias, Mario u.a. | Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte, Argument 2013.  |

- Bischoff, Joachim  
Buci-Glucksmann,  
Christine  
Cerroni, Umberto  
De Giovan-  
ni/Gerratana/  
Paggi  
Deppe, Frank (Hrsg.)  
Emtmann, Anette  
Fiori, Giuseppe  
Haug, Wolfgang Fritz  
Hirschfeld, Uwe  
Hirschfeld, Uwe/  
Rügemer, Werner  
(Hrsg.)  
Holz, Hans Heinz/  
Sandkühler, Hans  
Jörg (Hrsg.)  
Holz, Hans Heinz/  
Prestipino, Guiseppe  
(Hrsg.)  
Kaminski, Franz u.a.  
Kebir, Sabine  
Kebir, Sabine  
Lange, Petra  
Merkens, Andreas/  
Victor Rego Diaz  
(Hrsg.)  
Neubert, Harald
- Einführung Gramsci, VSA Verlag Hamburg 1981.  
Gramsci und der Staat, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln  
1981.  
Gramsci-Lexikon. Gramsci zum Kennen- und Lesen ler-  
nen, VSA-Verlag, Hamburg 1979.  
Gramsci-Debatte 1: Hegemonie, Staat und Partei, VSA-  
Verlag, Hamburg/Westberlin 1978.  
Die „Linie Luxemburg – Gramsci. Zur Aktualität marxisti-  
schen Denkens, Argument-Sonderband AS 155, 1989.  
Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie.  
Die „samtene Revolution“ im Licht von Antonio Gramscis  
Kategorien der „società civile“, Argument Verlag, 1998.  
Das Leben des Antonio Gramsci, Rotbuch Verlag, Berlin  
1979.  
Philosophieren mit Brecht und Gramsci, Argument 2006.  
Gramsci – Perspektiven, Argument-Sonderband, Neue  
Folge 15256, 1998.  
Utopie und Zivilgesellschaft: Rekonstruktionen, Thesen  
und Informationen zu Antonio Gramsci, Berlin 1990.  
Betr.: Gramsci. Philosophie und revolutionäre Politik in  
Italien, Pahl-Rugenstein, Köln 1980.  
Antonio Gramsci heute. Aktuelle Perspektiven seiner  
Philosophie, Pahl-Rugenstein Nachfolger, 1991.  
Antonio Gramsci. Philosophie und Praxis, Frankfurt a.M.  
1982.  
Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag-Ökonomie-  
Kultur-Politik, VSA-Verlag, Hamburg 1991.  
Die Kulturkonzeption Antonio Gramscis – Auf dem Wege  
zur antifaschistischen Volksfront, Akademie-Verlag, Ber-  
lin 1980.  
Wege des Politischen. Die politische Philosophie Antonio  
Gramscis und Hannah Arendts, Dissertation, FU, No-  
vember 1001.  
Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen  
Aneignung Antonio Gramscis, Argument Verlag, 2007.  
Linie Gramsci – Togliatti – Longo – Berlinguer, VSA Ver-

- lag Hamburg 2009.
- Neubert, Harald Antonio Gramsci: Hegemonie-Zivilgesellschaft-Partei. Eine Einführung. VSA-Verlag, Hamburg 2001.
- Priester, Karin Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus: Gramsci und Della Volpe, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1981.
- Riechers, Christian Antonio Gramsci – Marxismus in Italien, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M. 1970.
- Roth, Gerhard Gramscis Philosophie der Praxis. Eine neue Deutung des Marxismus, Patmos-Verlag, Düsseldorf 1972.
- Schreiber, Ulrich Die politische Theorie A. Gramscis, Argument-Verlag 1982.
- Togliatti, Palmiro Antonio Gramsci – ein Leben für die italienische Arbeiterklasse, Berlin 1954.
- Votos,Theo Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci, Argument Verlag, Hamburg/Berlin 2001.
- Zamis, Guido Antonio Gramsci – Gedanken zur Kultur, Leipzig 1987.